Nr. 283 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Sonnabend, den 10. Dezember 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,14 Zlp. Anzeigen unter Text 0,50 Zlp. von außerhalb 0,60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 12. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 200

Die oberschlesische Schulfrage vor dem Völkerbund

Das Haager Schiedsgericht soll entscheiden — Die polnische Ansicht

Genf. In der heutigen Ratssitzung behandelte der Völkerbund zunächst den Antrag der deutschen Regierung auf endgültige Klärung der oberschlesischen Schulfrage. Bekanntlich hatte der Rat im März beschlossen, für den Einzelsonderfall der Prüfung der Kinder auf ihre Sprachkenntnis als Grundlage für die Zulassung zu den Minderheitsschulen endgültig vorzunehmen. Sofort hatte die polnische Regierung bei dem Berichterstatter des Rates den Antrag gestellt, diese Entscheidung des Rates auf eine weitere Anzahl von 700 Kindern auszudehnen. Der Berichterstatter hatte diesem Antrag Folge gegeben. In der heutigen Sitzung des Rates ergriff als erster Dr. Stresemann das Wort. Er wies auf die Mitteilung der deutschen Regierung vom 14. November über die Aufnahme der Kinder in die oberschlesischen Minderheitsschulen hin und fügte hinzu, als der Rat im März damals den Vorschlag des Dreier-Komitees angenommen hatte, habe er lediglich den Zweck verfolgt, eine praktische Lösung für eine schwierige Lage zu schaffen, keineswegs jedoch, die in der Genfer Minderheiten-Konvention vorgesehene Rechtslage zu klären. Es habe sich damals nur darum gehandelt, einer großen Anzahl von Kindern den Besuch zu ermöglichen, jedoch keine prinzipielle Frage zu lösen.

Der Bericht des Berichterstatters habe ausdrücklich festgestellt, daß keinerlei Abänderung der Minderheiten-Konvention vorliege. Dr. Stresemann betonte, er selbst habe damals auf der Dreier-Tagung mit aller Klarheit und Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht, wie das auch aus dem Sitzungsprotokoll hervorgehe, daß die Prüfung der Kinder auf ihre Sprachkenntnisse als Voraussetzung für den Besuch der Minderheitenschule nur als Lösung eines einmaligen Falles darstelle. Grundsätzlich müsse das Prinzip der Entscheidung der Erziehungsberechtigten, das in der Minderheitenkonvention festgestellt sei, aufrecht erhalten werden. Es wäre daher für die deutsche Regierung eine große Ueberraschung gewesen, feststellen zu müssen, daß ihre Auffassung im März doch nicht allseitig geteilt worden sei. Der Berichterstatter habe vielmehr auf den polnischen Antrag hin erklärt, daß dieses Verfahren auch auf die Schulkinder für 1927 und 1928 angewandt werden müßte. Es bestände somit in einem wesentlichen Punkt zwischen den Mitgliedern des Rates eine Meinungsverschiedenheit. Die deutsche Regierung sei der Ansicht, es sei notwendig, diese Frage nunmehr endgültig zu klären. Sie beabsichtige daher, an den Haager Schiedsgerichtshof zu appellieren, um eine Interpretation der Bestimmungen der Minderheitenkonvention herbeizuführen. Der Stresemann beantragte sodann, der Rat wolle festsetzen, daß die Entscheidung des Rates endgültig den Schulbesuch der Kinder für das Schuljahr 1927/28 regeln werde. Der Berichterstatter für diese Frage, Urutia, schilderte sodann seine Bemühungen, die er hatte, um den Konflikt zu Ende zu bringen, diese seien ergebnislos verlaufen. Dr. Stresemann erklärte darauf, es entspreche dem Geist des Völkerbundes, wenn an den Schiedsgerichtshof, den der Völkerbund geschaffen habe, appelliert werde. Es handele sich hierbei um eine Frage rein juristischen Charakters. Auf der Basis der Entscheidung des Schiedsgerichtshofes könnte eine Lösung gefunden werden. Er stellte dann fest, daß nach dem deutschen Antrag die deutsche Regierung von sich aus an den Rat des Schiedsgerichtshofes appelliere. Die Entscheidung desselben solle dann endgültig den Fall regeln. Ohne Debatte nahm dann der Rat den Antrag des Präsidenten an, die Erklärungen Dr. Stresemanns zur Kenntnis zu nehmen und die von der deutschen Regierung eingeholte Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes als Regelung für den Schulbesuch der Kinder des Jahrganges 1927/28 in den oberschles. Minderheitsschulen anzunehmen. Bis dahin sollen die bisherigen Prüfungen der Kinder auf ihre Sprachkenntnisse für den Besuch der Minderheitsschulen entscheidend sein.

*

Genf. Zu den heutigen Verhandlungen in der oberschlesischen Schulfrage im Völkerbundsrat wird von unterrichteter deutscher Seite mitgeteilt, daß in den letzten Tagen weitgehende Beratungen zwischen den einzelnen Delegationen stattgefunden haben. Die preußische Regierung hatte zu diesen Verhandlungen Geheimrat Dürich vom preußischen Kultusministerium entsandt.

In den Verhandlungen sind weitgehende Differenzen zwischen der Auffassung des Berichterstatters Urutia und der Auffassung der deutschen Delegation festgestellt worden. In den Vorverhandlungen war deshalb die Formel der Einholung eines Gutachtens des Haager Schiedsgerichtshofes vereinbart worden, die der Auffassung der Reichsregierung und der preußischen Regierung entspricht und die ein Zurückgehen auf die Bestimmungen der Genfer Minderheitskonvention vorsieht. Die polnische Regierung hat in den Verhandlungen ausdrücklich zugegeben, daß die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts auch auf den Schulbesuch derjenigen Kinder zurückwirken soll, die im Schuljahr 1927/28 auf Grund der Sprachprüfung die Schule besuchen. Der Schulbesuch der 700 Kinder, um den der gegenwärtige Streit geht, dürfte endgültig erst auf Grund der Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes geregelt werden.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß in der Debatte im Völkerbundsrat der Vertreter Polens nicht das Wort ergriffen hat, sondern sich nach den vorhergegangenen Vorverhandlungen Zurückhaltung auferlegt hat. Man erwartet, daß die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes bis zur nächsten Tagung des Rates gefallen sein wird, so daß dann die endgültige Klärung dieser Streitfrage erfolgen kann.

Polens Friedenswille

Der litauisch-polnische Streit hat in der Mittwochsitzung des Völkerbundes den ersten Ausklang gefunden und man wird kaum behaupten wollen, daß der litauische Diktator dabei gut abgeschnitten ist. Die Vorgänge sind zu bekannt, als daß man nochmals alle Einzelheiten hier darzulegen brauchte. Neue Momente, als die, die Woldemaras bei anderer Gelegenheit vorgebracht hat, hat er auch in der Ratssitzung nicht vorbringen können. Die Abfuhr, die ihm dann in längeren Ausführungen der polnische Außenminister Zaleski hat zuteil werden lassen, ließen nochmals erkennen, daß Polen nach wie vor zu einem friedlichen Ausgleich bereit ist und die Hand zum Frieden bietet, selbst auf die Gefahr hin, daß Litauen seinen Anspruch auf das Wilnaland aufrecht erhält. Die polnische Diplomatie geht von der Voraussetzung aus, daß es heute nicht darauf ankommt, einen Streit um das Wilnaland zu führen, welches im polnischen Besitz ist, sondern darum, daß der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen aufgehoben wird, daß die Großmächte auf Litauen einen Druck ausüben, daß es sich endlich dazu bequemt, in wirtschaftliche Verhandlungen mit Polen einzutreten. Das ist der Kern der ersten Aussprache in Genf, der aber keineswegs das Problem löst, welches hier gestellt ist.

Zum besseren Verständnis sei gesagt, daß Woldemaras stärkste Anklage gegen Polen der Umstand war, daß er Polen bezichtigt, die litauischen Emigranten dahin unterstützt zu haben, daß sie einen Einfall nach Litauen vollziehen und das Regime Woldemaras stürzen. Hier hat Woldemaras angeblich unwiderlegbares Material beigebracht, während der polnische Außenminister die einfache Feststellung machte, daß Polen bereits in seiner Zirkularnote darauf hingewiesen hat, daß es gegenüber Litauen keinerlei Angriffspläne habe und nur darauf bedacht sei, den Kriegszustand, der seit 9 Jahren besteht, zu liquidieren. Nun steht in dieser Hinsicht Polens Bemühen einwandfrei fest; denn wiederholt haben polnische Delegationen Versuche gemacht, einen Ausgleich herbeizuführen, der aber immer daran scheiterte, daß litauischerseits erklärt wurde, ohne Wiedergabe des Wilnalandes ist eine Verständigung mit Polen nicht möglich.

Eine andere Frage bilden die Beschwerden Litauens gegen Polen hinsichtlich der Behandlung der litauischen Minderheiten in Polen. Wir müssen hier unterstreichen, daß Litauen die erste Beschwerde an den Völkerbund eingebracht hat, die allerdings im Wilnaland durch Polen dahin beantwortet wurde, daß eine Anzahl litauischer Minderheitsanhänger verhaftet und einige Schulen geschlossen wurden. Verständlich war es, daß man in Litauen mit denselben Mitteln arbeitete, doch hat man von Warschau aus sofort die Repressalien im Wilnaland aufgehoben, aber Litauen protestierte zum zweiten Male und erklärte, daß nichts an den Behauptungen Polens wahr sei, daß es die polnischen Minderheiten in Litauen selbst unterdrücke. Und wir unterstreichen hier, daß es Woldemaras nur deshalb zu einer Verschärfung des Konflikts kommen ließ, um zu verhindern, daß die Großmächte die Beschwerde an den Völkerbund irgend einer Untersuchungskommission überlassen und dadurch die Wilnafrage in den Hintergrund schieben. Man muß sagen, daß die plötzliche Reise Pilsudskis nach Wilna dieses Problem noch verschärft hat und zum Teil die Ansicht aufkommen ließ, als wenn Polen mit Litauen eine Generalabrechnung vollziehen wollte. Die polnischen Absichten wurden dann durch die Zirkularnote behoben, Polen stellte vor aller Welt seinen Friedenswillen dar und garantierte so die Unantastbarkeit der litauischen Grenzen. Aber es benutzte zugleich die Gelegenheit, um auf Grund der litauischen Beschwerden, reinen Weg zu schaffen und fordert vom Völkerbund, daß Litauen den Kriegszustand mit Polen ein für alle Male behebe.

Aus einer falschen Behandlung der gegenseitigen Minderheiten ist also der Wilnastreit entstanden, und er wird nicht behoben und nicht gelöst, sondern nur durch ein Kompromiß zeitweilig „beruhigt". Denn es steht fest, daß Litauen dieses Kompromiß schlucken muß, der Kriegszustand wird beseitigt und man wird Litauen den frommen Wunsch auf den Weg geben, bald mit Polen in Wirtschaftsverhandlungen einzutreten. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß Polen ein großes Entgegenkommen zeigen wird und sich auch damit abfinden, wenn Litauen seinen Rechtsanspruch auf das Wilnaland nochmals vor dem Völkerbundsrat aufrecht erhält. Man glaubt polnischerseits, daß mit der Zeit auch über diese litauische Wunde hinweg eine Verständigung möglich sein wird. **Eines steht aber fest, daß durch das kommende Kompromiß**

Rußland lehnt ein Ostlocarno ab

Königsberg. Ueber die Möglichkeit eines russisch-litauisch-polnischen Uebereinkommens äußerte sich der Presseattache der Berliner russischen Botschaft, nachdem er von dem aus Genf eingetroffenen stellvertretenden russischen Außenministers Litwinow eingehend unterrichtet worden war, dem Vertreter der „Ostpreußischen Zeitung" gegenüber, daß Rußland nie die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Grenzen anerkannt habe und sie auch nie anerkennen werde. Ebensoweig wie Rußland die deutsch-polnische Grenzlinie als zu Recht bestehend ansehe, werde Rußland die russisch-polnische Grenze durch Verträge sanktionieren. Das würde ein glatter Verrat an den unter polnischer Herrschaft lebenden Ukrainer und Weißrussen sein. — Jedes Ostlocarno ganz gleich in welcher Form, werde daher von der Moskauer Regierung abgelehnt werden. Wenn Litauen bereit sein sollte, das Wilnaer Unrecht anzuerkennen, so sei das seine Sache. Billigen würde Moskau einen solchen Schritt keinesfalls. Eine Vermittlerrolle zwischen Polen und Litauen komme für Rußland nur dann in Frage, wenn es von beiden Parteien darum gebeten werde. Eine gemeinsame Vermittelung durch England und Frankreich lehne Rußland ab. In einem offenen Konflikt zwischen Polen und Litauen behalte sich die Sowjetregierung volle Handlungsfreiheit vor. Weder Rußland noch Deutschland könnten eine Beherrschung Litauens und des Memelgebietes durch Polen dulden. Unter gewissen Bedingungen würde sich Rußland jedoch bereit erklären, einen Neutralitäts- und Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen. Voraussetzung dafür sei jedoch ein Nichtangriffspakt zwischen Polen und Litauen. Litwinow habe in Genf mit Briand neue Vereinbarungen über die französisch-russischen Beziehungen vorzubereiten versucht. Die Fühlungnahme mit England sei ergebnislos geblieben, weil der englische Außenminister zu starke Garantien verlangt habe.

Bedeutsame Unterredung zwischen Stresemann und Chamberlain

Genf. Ueber die gestrige Unterredung zwischen Stresemann und Chamberlain verlautet von gut informierter Seite, daß hierbei eine Reihe von bedeutungsvollen Fragen berührt worden seien, die über die gegenwärtig im Rahmen des Völkerbundsrates behandelten Fragen weit hinausgingen. Es seien u. a. auch die Auswirkungen des Locarnopaktes, sowie insbesondere die Gestaltung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen England, Frankreich und Deutschland eingehend erörtert worden. Sowohl von der englischen als auch von der deutschen Delegation wird es gegenwärtig abgelehnt, irgendwelche Erklärungen über den Verlauf der Unterredung abzugeben.

Erneute Verschleppung einer Danziger Frage in Genf

Genf. Der Völkerbundsrat behandelte heute in seiner öffentlichen Nachmittagssitzung die Frage des polnischen Anlegehafens in Danzig. Auf Antrag des Berichterstatters, des chilenischen Delegierten Villegas wurde beschlossen, Polen und Danzig noch einmal zu unmittelbaren Verhandlungen unter dem Vorsitz des Völkerbundskommissars und unter Mitwirkung des Präsidenten des Hafenausschusses aufzufordern, um dann zu einem endgültigen Abkommen über die Regelung des polnischen Anlegehafens in Danzig zu gelangen. Sollten die beiden Parteien bis vier Wochen vor Eröffnung der nächsten Ratstagung zu keiner Vereinbarung gelangen, so soll der Vorsitzende des Marineunterausschusses des Völkerbundes zwei Sachverständige bezeichnen, die sich nach Danzig begeben, um dann dem Rat Vorschläge für eine Regelung unterbreiten zu können.

auch der Völkerbund die Verpflichtung übernimmt, die heutigen Grenzen Litauens zu schützen oder besser gesagt, seine Unabhängigkeit zu garantieren. Dies ist der tiefere Sinn der kommenden Genfer Entscheidung. Gibt Litauen in der Liquidierung des Kriegszustandes nach, so hat es auf der anderen Seite aber seine Unabhängigkeit garantiert. Denn immer wurde in Kowno befürchtet, daß eines schönen Tages Polen „die Union mit Litauen“ mit anderen als friedlichen Mitteln vollziehen wird. Es ist noch keine Entscheidung getroffen worden; das, was hier dargelegt wird, sind die kommenden Linien des Kompromisses. Das letzte Wort wird gesprochen sein, nachdem man Pilsudski selbst gehört hat, der inzwischen in Genf die ersten Besprechungen geführt hat. Nun kommt es nicht auf das Kompromiß selbst an, sondern auf die Ausführung und Innehaltung, und da müssen wohl in beiden Ländern die Hetzer ein wenig ihre Gemüter abkühlen; dann wird auch für die Zukunft der Weg frei zur Verständigung. —ll.

Zur Lösung des polnisch-litauischen Streitfalles

Genf. In den Verhandlungen über den gestern bekannt gewordenen Lösungsvorschlag der Hauptmächte in dem litauisch-polnischen Streitfall ist heute vormittag noch keine neue Etappe zu verzeichnen. Der vom Völkerbundsrat zum Berichterstatter ernannte holländische Außenminister Blookland hat bisher die Fühlungnahme mit der polnischen und litauischen Regierung noch nicht aufgenommen, sondern befaßt sich gegenwärtig mit einer eingehenden Prüfung des umfangreichen Dokumentenmaterials. Die Verhandlungen werden mit dem Eintreffen Pilsudskis am Freitag vormittag in ein weiteres Stadium eintreten. In Delegiertenkreisen nimmt man gegenwärtig an, daß die litauische Regierung sich in großen Linien dem Lösungsvorschlag der Großmächte anschließen werde. Die Verhandlungen gelten gegenwärtig noch in erster Linie der Formulierung der litauischen Erklärung, in der die Aufhebung des Kriegszustandes erklärt werden soll.

*

Im Anschluß an die öffentliche Sitzung des Rates fand eine nichtöffentliche Sitzung statt, die deshalb einen außerordentlich geheimen Charakter trug. An der Sitzung, die beim Generalsekretär des Völkerbundes, Sir E. Drumond, stattfand, nahmen lediglich die 14 delegierten Staatsmitglieder und der Generalsekretär unter Ausschluß sämtlicher anderer Delegierter teil, jedoch wurde der litauische Ministerpräsident Woldemaras zu der Sitzung hinzugezogen. Ueber den Inhalt dieser Unterredung wird lediglich mitgeteilt, es sei über den Fortgang der Verhandlungen zur Regelung des polnisch-litauischen Konflikts beraten worden. Der polnische Außenminister und der litauische Ministerpräsident hätten Erklärungen abgegeben, die für den Fortgang der Verhandlungen als zufriedenstellend anzusehen seien. Die weiteren Verhandlungen würden jetzt von dem Eintreffen des Marschalls Pilsudski abhängen. Es sei nicht damit zu rechnen, daß die Verhandlungen des Rates am Sonnabend zu Ende gingen.

Sondervereinbarung über die Wanderarbeiter

Berlin. Da der kürzlich abgeschlossene Vertrag über die polnischen landwirtschaftlichen Wanderarbeiter voraussichtlich dem Reichstage vorgelegt werden soll, wird bis zu seinem Inkrafttreten noch einige Zeit vergehen. Deutschland und Polen sind jedoch dahin übereingekommen, den Vertrag vor der Ratifikation in Anwendung zu bringen. Da einige Abmachungen aber wegen der Kürze der für dieses Jahr noch verbleibenden Zeit nicht durchgeführt werden können, ist vereinbart worden, daß sich in diesem Winter die deutschen Behörden jeder Einwirkung auf die Rückwanderung polnischer Landarbeiter enthalten sollen, soweit es sich um Arbeiter handelt, die vor dem 31. Dezember 1925 nach Deutschland gekommen oder dort verblieben sind. Die polnische Regierung wird keine Schwierigkeiten machen, wenn solche vor 1926 abgewanderte Personen sich freiwillig in die Wanderbewegung einreihen und nach Polen zurückkehren.

Die vor dem 1. Januar 1919 nach Deutschland gekommenen und hier verbliebenen polnischen Landarbeiter haben das Recht, als landwirtschaftliche Arbeiter in Deutschland zu bleiben. Sie erhalten einen Aufenthaltsschein, der auf Antrag erteilt wird.

Für die in den Jahren 1926 und 1927 in das Inland gekommenen polnischen Landarbeiter kommt der Rückkehrzwang, der während des Krieges und der Nachkriegszeit gewissen Einschränkungen unterworfen war, wieder restlos zur Durchführung. Diese polnischen Landarbeiter müssen also, wie dies vor dem Kriege der Fall war, grundsätzlich nach Beendigung der Saisonarbeit, d. h. spätestens am 13. Dezember jeden Jahres, für 1927 ausnahmsweise spätestens am 20. Dezember, in ihre Heimat zurückkehren.

Wahlkalender für die Sejm- und Senatswahlen

In Nr. 107 des „Dziennik Ustaw“ vom 5. Dezember wird eine Anlage zur Verordnung des Staatspräsidenten vom 3. Dezember über die Ausschreibung der Wahlen zum Sejm und Senat veröffentlicht, in welcher die endgültigen Termine für die einzelnen Wahlhandlungen angegeben sind:

13. 12. 1927. Die acht stärksten Abgeordnetenklubs stellen dem Hauptwahlkommissar acht Mitglieder der Staatswahlkommission und die gleiche Anzahl von Vertretern vor.

15. 12. 1927. Der Generalkommissar ernennt auf Antrag des Präsidenten des zuständigen Appellationsgerichts die Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen und die Wojewoden je ein Mitglied dieser Kommissionen.

Die Verwaltungsbehörden erster Instanz veröffentlichen Bekanntmachungen in ihren Gemeinden über die Einteilung in Abstimmungsbezirke, über die Wahllokale, die Amtslokale der Distriktswahlkommissionen, und geben zugleich dieses dem Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission und dem Statistischen Hauptamt zur Kenntnis.

Der Generalwahlkommissar veröffentlicht im „Monitor Polski“ die personelle Zusammensetzung der Staatswahlkommission und gibt deren Amtslokal an mit Bezeichnung des Ortes, der Zeit, des Verfahrens und des Endtermins für die Anmeldung der Kandidaten zur Staatsliste.

17. 12. 1927. Der Generalwahlkommissar gibt in den Wojewodschaftsanzeigern die Ernennungen der Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen und ihrer Stellvertreter bekannt.

Die Wojewoden veröffentlichen die Ernennung der von ihnen ernannten Mitglieder der Bezirkswahlkommission.

Die Stadtverordnetenversammlungen und die Kreistage bezw. Versammlungen der Gemeindevertreter nehmen die Wahl der Mitglieder der Distriktswahlkommission vor, wovon die Bezirkswahlkommission in Kenntnis gesetzt wird.

19. 12. 1927. Der Vorsitzende der Bezirkswahlkommission gibt die personelle Zusammensetzung der Kommission im amtlichen Anzeiger der Wojewodschaft bekannt.

Die Bezirkswahlkommission veröffentlicht in sämtlichen Gemeinden des Bezirks den Tag der Wahlen, die Stunde der Abstimmung, die Zahl der Abgeordneten, die aus dem Bezirk gewählt werden sollen, ferner Ort, Zeit, Verfahren und Endtermin für die Anmeldung der Kandidaten, sowie die Erklärungen über den Anschluß der Bezirksliste an die Staatsliste und über die personelle Zusammensetzung und das Amtslokal der Bezirkswahlkommission.

20. 12. 1927. Die Gemeinderäte bezw. die Schulzenversammlung, bezw. die Regierungskommissare oder die Kreisausschüsse ernennen oder bezeichnen drei Mitglieder der Distriktswahlkommissionen und die gleiche Anzahl von Stellvertretern.

25. 12. 1927. Die Gemeindevorsteher (Präsidenten, Bürgermeister, Schulzen, Gutsverwalter) stellen für jede Ortschaft die Wahllisten in drei Exemplaren auf. Die Vorsitzenden der Distriktswahlkommissionen geben den Gemeindevorstehern die Zusammensetzung der betreffenden Distriktswahlkommission bekannt, was auch zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

26. 12. 1927. Die Gemeindevorsteher stellen dem Vorsitzenden der Distriktswahlkommission drei Exemplare des Wählerverzeichnisses zu.

1. 1. 1928. Die Distriktswahlkommissionen lassen ein Exemplar des Wahlverzeichnisses den Bezirkswahlkommissionen zugehen.

2. 1. 1928. Die Distriktswahlkommissionen legen die Wählerlisten zur öffentlichen Einsicht aus.

15. 1. 1928. Letzter Tag der Auslegung der Wählerverzeichnisse.

16. 1. 1928. Schlußtermin für die Einsprüche bei den Distriktswahlkommissionen gegen die Auslassung im Verzeichnis oder gegen die Eintragung einer unberechtigten Person.

22. 1. 1928. Schlußtermin für die Anmeldung von Einsprüchen gegen Reklamationen über Streichung aus dem Verzeichnis.

24. 1. 1928. Anmeldung der Kandidaten für die Staatsliste.

26. 1. 1928. Die Distriktswahlkommissionen stellen den Bezirkswahlkommissionen zwei Exemplare des Wählerverzeichnisses zu.

30. 1. 1928. Die Distriktswahlkommissionen nehmen Einsprüche gegen die Streichung aus den Wählerverzeichnissen an und geben sie nachträglich an die Bezirkswahlkommissionen weiter.

1. 2. 1928. Die Kandidaten der Staatsliste geben zu Händen des Vorsitzenden der Staatswahlkommission eine Erklärung ab über ihre Zustimmung zur Bemühung um ein Mandat und stellen fest, daß sie sich als polnische Staatsbürger betrachten und nach bestem Wissen das passive Wahlrecht besitzen.

3. 2. 1928. Der Generalwahlkommissar gibt im „Monitor Polski“ die Kandidaten der Staatslisten bekannt.

Anmeldung der Kandidaten für die Bezirkslisten.

5. 2. 1928. Die Bezirkswahlkommissionen stellen den Distriktswahlkommissionen zwei Exemplare des endgültig bestätigten Wählerverzeichnisses zu; zugleich wird ein drittes Exemplar dem zuständigen Gemeindevorsteher abgegeben.

9. 2. 1928. Der Vorsitzende der Distriktswahlkommission legt die endgültig bestätigten Wählerlisten zur öffentlichen Einsicht aus.

11. 2. 1928. Die Kandidaten der Bezirkslisten geben zu Händen des Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen eine Erklärung ab über ihre Zustimmung zur Bemühung um ein Mandat und stellen fest, daß sie sich als polnische Staatsbürger betrachten und nach bestem Wissen das passive Wahlrecht haben. Die Bevollmächtigten der Bezirkslisten der Kandidaten geben zu Händen des Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission eine Erklärung über den Anschluß der Bezirksliste an die Staatsliste ab.

13. 2. 1928. Letzter Tag der Auslegung der endgültig bestätigten Wählerlisten.

21. 2. 1928. Die Bezirkswahlkommissionen liefern an die Distriktswahlkommissionen Plakate mit den Kandidatenlisten zum Anschlag.

4. 3. 1928. Sejmwahlen.

7. 3. 1928. Sitzung der Bezirkswahlkommission zur Feststellung der Wahlergebnisse zum Sejm.

14. 3. 1928. Sitzung der Bezirkswahlkommission zur Feststellung der Wahlergebnisse zum Senat.

11. 3. 1928. Senatswahlen.

Die Saardelegation bei Dr. Stresemann

Berlin. Wie die Berliner Morgenblätter aus Genf melden, hat Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Laufe des Donnerstag die Saardelegation empfangen und mit ihnen alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des Saarlandes besprochen. U. a. kam auch der Eisenbahnerstreik zur Sprache, die Fragen der Kreditbedürfnisse des Saarlandes versprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann den zuständigen Stellen zu übergeben. Einen wichtigen Teil der heutigen Besprechungen bildete die Erneuerung der Regierungskommission.

Eine Antikriegsaktion

London. Der Unterstaatssekretär der Regierung Macdonalds, Arthur Ponsonby, überreichte heute dem Ministerpräsidenten Baldwin einen von 128 770 Personen unterzeichneten Brief, der insgesamt 13 große Pakete füllt. In dem Brief erklären die Unterzeichneten, daß sie bei irgendwelchen Konflikten zwischen den einzelnen Nationen eine Lösung nur in diplomatischen Verhandlungen oder auf dem Wege der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit sehen und hiermit feierlichst erklären, daß sie jeder Regierung die Unterstützung verweigern werden, die an die Waffen appellieren sollte.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

44)

Aengstlich ließ sie den Blick umherschweifen. „Rasch! Um die Ecke. Ich muß Sie sprechen!“ Ihre melodische Stimme vibrierte vor Aufregung.

Ich war in ihrer Gegenwart nie völlig Herr meiner selbst; denn der Zauber ihrer Schönheit hatte für mich etwas Mysteriöses — und das erhöhte noch den Charme dieser betörenden Frau.

In einer einsamen Nebenstraße blieb sie stehen und sagte: „Ich bin in tiefster Verzweiflung, Herr Doktor Petrie. Sie haben mich schon oft gebeten, Ihnen behilflich zu sein, Dr. Fu-Mandschus habhaft zu werden. Heute wäre ich dazu bereit!“

Ich traute meinen Ohren kaum.

„Mein Brüderchen ...“ Sie hielt inne, ergriff wieder flehend meinen Arm und sah mir in die Augen. „Sie sind Arzt! Ich bitte Sie, sofort mitzukommen, um ihn zu untersuchen.“

„Was? Ist er denn in London?“

„Er befindet sich im Heim Fu-Mandschus!“

„Und Sie wollen, daß ich . . .“

„. . . mit mir gehen, ja!“

Nayland Smith würde mir zweifellos abgeraten haben, mein Leben der Obhut dieses jungen Mädchens mit den flehenden Augen anzuvertrauen. Ich aber tat es ohne Zaudern, und wenige Augenblicke später schon fuhren wir in einem geschlossenen Taxameter ostwärts von dannen. Karamaneh sprach unterwegs nicht viel, aber stets, wenn ich sie anblickte, bemerkte ich, daß ihr Gemütszustand sehr bedrückt schien.

Sie hatte dem Chauffeur Anweisung erteilt, nach der Commercial-Road zu fahren, der Gegend der neuen Docks, dem Schauplatz eines unserer ersten Abenteuer mit dem chinesischen Meisterverbrecher. Binnen kurzer Zeit sah ich mich aus der regen Helle des Westens in die finstere Unterwelt der östlichen Stadtteile versetzt. Ich weiß nicht, was Karamaneh dazu veranlaßte: Aber je mehr wir uns dem Aufenthaltsort des unheilvollen Chinesen näherten, desto enger drückte sie sich an mich.

Als wir schließlich die Droschke verlassen hatten, führte mich meine Begleiterin durch ein Labyrinth von engen Gäßchen, innerhalb deren ich mich nicht zu orientieren vermochte, und ich begriff, daß ich diesem Weibe, dessen wirklicher Charakter so unergründlich schien und dessen vielleicht trügerische Reize die Tücke einer Schlange verbergen konnten, auf Gedeih und Verderb überliefert war.

Ich wollte sie nach der ungefähren Richtung unseres Weges fragen, doch mit einem warnenden Zischlaut legte sie wiederum ihre Hand auf meinen Arm — diesmal zum Zeichen, daß ich schweigen sollte. Dann knirschte ein Schlüssel im Schloß, und Karamaneh zog mich in den Schatten einer offenen Tür, die sie alsbald wieder hinter sich versperrte.

Aufs neue spürte ich jetzt jenes eigenartige Parfüm, das ich allmählich als unzertrennlich von ihr betrachtete. In der undurchdringlichen Finsternis, die uns umgab, verriet vorerst nur dieser Duft ihre Nähe, bis ihre Hand die meine ergriff und ich durch einen Gang und über eine Treppe geleitet wurde. Eine zweite Tür öffnete sich, und ich befand mich in einem prachtvoll möblierten Raum. Er empfing seine gedämpfte Beleuchtung durch eine verhüllte Lampe, die auf einem niedrigen, mit kostbarem Elfenbein eingelegten Tischchen stand — inmitten eines wahren Ozeans seidener Kissen, die auf einem persischen Teppich verstreut lagen.

Karamaneh lüftete den Vorhang vor einer Tür — lauschte gespannt. Nichts unterbrach die lastende Stille. Dann bewegte sich etwas in dem Kissenozean, und zwei klare Augen blitzten zu mir auf. Gleich darauf erkannte ich das kleine Seidenäffchen.

„Hierher!“ flüsterte meine Führerin.

Durch einen mit einem dicken Läufer ausgelegten Korridor gelangten wir auf eine Art Galerie, die sich oberhalb eines großen Gemachs erstreckte. Wir hielten uns im Schatten und sahen auf eine Szene nieder, wie ich sie mir nie hätte vorstellen können.

Dieses Zimmer unter uns war noch luxuriöser ausgestattet als jenes erste. Hier sowohl wie dort bildeten Kissenhügel grelle Farbenkleckse auf dem Boden. Drei bunte Kettenampeln spendeten ein durch Seidenüberzüge gemildertes Licht. Eine Wand war fast völlig von Glasschränken verdeckt, in denen man chemische Apparate, Flaschen und Retorten bemerken konnte. Unweit davon lag auf niedrigem Diwan der regungslose Körper eines Knaben. Im Schein einer überhängenden Lampe erkannte ich die überraschende Aehnlichkeit seines olivenfarbigen Gesichts mit demjenigen Karamanehs; abgesehen davon, daß der Teint des Mädchens zarter war. Sein schwarzes Lockenhaar hob sich scharf gegen die weiße Decke ab, auf der er mit auf der Brust gefalteten Hände ruhte.

„Es ist Aziz, mein Bruder!“ flüsterte meine Begleiterin.

Wir gingen eine Treppe hinab. Karamaneh neigte sich über den Knaben, streichelte sein Haar und raunte zärtliche Koseworte. Auch ich beugte mich zu ihm herab — und ich werde nie die hilflose Angst in den Blicken des jungen Weibes vergessen, als ich meine Untersuchung begann.

Sie war nur kurz. Denn schon ehe ich ihn berührt hatte, wußte ich, daß die schöne Hülle keinen Lebensfunken mehr barg. Karamaneh las das Urteil in meinen Augen. Sie erhob sich aus ihrer knienden Stellung und ergriff mich krampfhaft an den Schultern.

„Er ist nicht tot — er ist nicht tot!“ versicherte sie und schüttelte mich — wie ein Kind, daß sich deutlicher verständlich machen möchte. „Sie begreifen es nicht, und doch sind Sie Arzt! Sie begreifen es nicht . . .“

Sie hielt inne, schluchzte und sah von dem bleichen Antlitz des Knaben zu mir auf. Von irgendwoher vernahm ich einen Klang, den ich bereits früher in Fu-Mandschus Räumlichkeiten gehört — den Ton eines gedämpften Gongs.

„Schnell!“ Karamaneh packte meinen Arm. „Er kommt zurück!“

Wir eilten die Treppe zur Galerie empor. Die Schatten deckten uns, und der dicke Teppich erstickte den Laut unserer Schritte; sonst wären wir sicher von dem Manne ertappt worden, der jetzt das Gemach betrat.

Es war Dr. Fu-Mandschu. In dem gelben Gewand, mit den grünen Augen, die katzenhaft funkelten, bewegte er sich über die Kissenberge und neigte sich über Aziz' Ruhebett.

„Sehen Sie!“ Karamaneh zog mich auf die Knie neben sich. „Sehen Sie!“

Der Chinese fühlte dem Knaben, den ich kurz zuvor für tot erklärt hatte, den Puls, trat auf einen Glasschrank zu, ergriff eine langhalsige Flasche aus getriebenem Golde und goß in ein Glas wenige Tropfen einer bernsteingelben Flüssigkeit, die mir völlig unbekannt war. Ich strengte meine Augen an, um genau zu sehen, wie hoch die Flüssigkeit in dem Meßglas stieg. Dann füllte er eine Spritze, bückte sich zu Aziz und verabreichte ihm eine Injektion.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der Dekorierte

Durch die Straßen humpelte dieser Tage ein altes Männchen. Schlottrig waren die Beine und der Rücken gekrümmt. Trotz der strengen Kälte war seine Bekleidung dürftig, das Gesicht mager und die tränenden Augen tief in ihren Höhlen sitzend. Auf seinem Mantel prangt ein Orden, auf den dieser alte Mann stolz ist. Er hat 43 Jahre dem Kapitalisten, seinem Ausbeuter, treu gedient. 43 Jahre ging er brav mit der Karbidlampe und der Kaffeeflasche, die durch die 43 Jahre kein einzigesmal den echten, wirklichen Kaffee trug, zur Grube. Vor 43 Jahren hat er angefangen. Damals hat er auch nichts gehabt in der Tasche, genau wie heute, aber er hatte seine Jugend und seine Hoffnung, und das machte ihn reich und zuversichtlich. Jahr um Jahr schlug er mit seiner Keilhaue auf die harte Masse, entriß Unmengen von Kohle aus dem Schoß der Mutter Erde und jedes Jahr entflog ein Teil seiner Jugend, seiner Kräfte und seiner Hoffnung, bis er alt und schwach wurde. Nach 43 Jahren steht er ohne Groschen in der Tasche, der Kräfte und Hoffnungen beraubt. In den 43 Jahren wurden Häuser und Kirchen gebaut. Neue, früher nie gekannte Ortschaften entstanden, aus der Erde schossen hunderte hoher stolzer Gruben- und Hüttenschornsteine. Wer, und aus welchen Mitteln, das alles gebaut hat, hat der Dekorierte niemals nachgedacht. Er trachtete stets, viel zu verdienen, arbeitete Doppelschichten bei jeder Gelegenheit, weil er immer Nahrungssorgen mit seiner Familie hatte. Daher hatte er keine Zeit zum Nachdenken gehabt, von wo das Geld hervorkommt für die neuen Villen, Kirchen und Großunternehmungen. Niemals ist ihm eingefallen, daß das alles seiner und seiner Kameraden Arbeit das Dasein zu verdanken hat. Nach seiner 43 jährigen Arbeit wurde er doch belohnt, worüber die Medaille das beste Zeugnis ablegt. Heute ist er nicht mehr fähig über diese Sache nachzudenken. Er denkt nur noch daran, möglichst lange bei der Arbeit auszuharren und zittert vor jeder Reduktion. Die Pension ist zu niedrig, um halbwegs leben zu können. Für seine alten Jahre möchte er nicht mehr hungern. Der Dekorierte wird nicht mehr lange arbeiten können. Seine Reduzierung steht bevor und er erhält die Rente, die als Belohnung für seine 43jährige treue „Pflichterfüllung“ ihm bevorsteht, bei der er mit seiner alten Frau wird hungern müssen. Das dürfte auch der einzigste positive Erfolg seiner 43jährigen „treuen Pflichterfüllung“ sein.

Calonder und der Lubliniher Starost

Im Dezember 1924 beantragte der Landwirt **Opielka** aus **Lubsca** im Kreise Lublinitz bei der Starostei Lublinitz die Ausstellung einer **Verkehrskarte**. Nachdem er bis zum 9. Februar 1926 **ohne Antwort** geblieben war, bevollmächtigte er den Deutschen Volksbund, in seiner Angelegenheit bei der Starostei Lublinitz beschwerdeführend vorstellig zu werden. Der Deutsche Volksbund erhielt auf seine Eingabe die übersandte Vollmacht des Opielka zurück mit der Begründung, daß die **Stempelgebühr** in Höhe von 2 Zloty fehle, ferner, daß die richtige Bezeichnung nicht Starostei, sondern „Starostwo“ laute. In dem Schreiben heißt es weiter, daß der Starost sich gezwungen sehe, von Schreiben dieser Art **nicht Kenntnis** zu nehmen.

Darauf wandte sich der Deutsche Volksbund an den Präsidenten der Gemischten Kommission, **Calonder**, und verlangte, daß der Starost von Lublinitz zur **Rechenschaft** gezogen werde, weil er **zu Unrecht** eine Stempelgebühr gefordert und die Eingabe vom 9. Februar wegen eines angeblichen Formfehlers zurückgewiesen habe, ferner, weil er es unterlassen habe, seiner Antwort eine deutsche Uebersetzung beizufügen. Präsident Calonder hat nun dahin entschieden, daß in der **Zurückweisung** der ungestempelten Beschwerdenvollmacht **nicht ohne weiteres** eine Verletzung der Genfer Konvention zu erblicken sei, weil es in dem Artikel 290 dieses Abkommen heißt, daß sämtliche Eingaben und Dokumente, die Bezug haben auf die Rechtsverhältnisse des Gesuchstellers zu den Behörden, von Abgaben jeder Art befreit sind. Dieser Artikel bringt dagegen nicht zum Ausdruck, daß auch Dokumente, die sich auf das **Mandatsverhältnis** zwischen dem Gesuchsteller und einem Beauftragten beziehen, die Privilegien des Artikels 290 genießen.

Die Auffassung des Starosten von Lublinitz, daß er nicht verpflichtet sei, eine Eingabe entgegenzunehmen, die die Bezeichnung „Starostei“ (nicht „Starostwo“) trägt, ist **irrtümlich** und verstößt gegen Artikel 136 der Genfer Konvention, dem zufolge sich jedermann in Eingaben oder Beschwerden an die Behörden der polnischen oder deutschen Sprache bedienen kann. Der Starost hat ferner gegen die ausdrückliche Bestimmung des Artikels 136 der Genfer Konvention verstoßen, als er es unterließ, der Mitteilung vom 7. März 1928 eine **deutsche Uebersetzung** beizufügen, obschon der Beschwerdeführer im Schreiben vom 9. Februar 1926 einen diesbezüglichen Wunsch **ausdrücklich geäußert** hat.

Was die **Nichtbeantwortung** der Eingabe durch den Starosten von Lublinitz betrifft, so muß angenommen werden, daß der Starost von Lublinitz einen **Verstoß gegen seine eigene Praxis** begangen und den Beschwerdeführer und seinen Klienten wegen ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit im Sinne von Artikel 75 der Genfer Konvention **ungleich** behandelt hat. Diese Annahme ist um so begründeter, als schon die Zuwiderhandlung gegen Artikel 136 der Genfer Konvention sowie der **Ton** des Schreibens des Starosten vom 7. März 1926 beweisen, daß der Starost von Lublinitz der deutschen Minderheit **nicht objektiv gegenüber** steht. Aus dieser Erwägung heraus ist die Beschwerde bezüglich der letzten Punkte **gerechtfertigt**.

Der Starost von Lublinitz ist über die Unzulässigkeit seines Verhaltens zu belehren und es sind ihm für den Wiederholungsfall **Disziplinarmaßnahmen** anzudrohen.

Große Staatsaufträge für die ostoberschlesische Eisenindustrie

Für das kommende Jahr sind sehr bedeutende Eisenbahnmaterialbestellungen für die Hüttenindustrie zu erwarten, da ein großer Teil des Oberbaues der polnischen Staatsbahnen unbedingt erneuert werden muß. Einen dahingehenden Auftrag von 7500 Tonnen Material bis ultimo Dezember, hat das Eisensyndikat ablehnen müssen, da die Ausführung in so kurzer Zeit unmöglich war. Der Schienenbedarf für 1928 wird auf 250 000 Tonnen, an Betriebsmaterial auf 15 000 Tonnen geschätzt.

Außerdem soll ein großer Teil der Holzschwellen durch eiserne Schwellen ersetzt werden. Die Kommunen beabsichtigen ebenfalls größere Bestellungen zu tätigen, da eine größere Anzahl von Kreis- und Lokalbahnen geplant ist.

Kundgebungen der Hüttenarbeiter zum 8-Stundentag

Massendemonstration — Einstimmige Beschlüsse — Mustergültiger Verlauf der Versammlungen

Entsprechend dem Betriebsrätekongreß vom 23. November d. Js. sind von allen Betriebsräten der einzelnen Hütten Versammlungen einberufen worden. Am Feiertag, den 8. d. Mts. vor- und nachmittags wurden die Belegschaftsversammlungen abgehalten. Die einzelnen Säle waren zu klein, viele hunderte Arbeiter mußten umkehren. Die Gewerkschaftsführer hatten sich auf die einzelnen Hütten verteilt. Der Besuch war ein noch nie dagewesener, Baildon-, Bismarck-, Königs-, Friedens-, Falvahütte und Ferrum waren mit über 2/3 der Belegschaften vertreten. Die Betriebe Hubertus- und Marthahütte hatten bereits in verflossener Woche dazu Stellung genommen.

Die Referate waren alle sehr kurz gehalten und gaben gleichzeitig einen Bericht von der bereits vorgenommenen Arbeit der Gewerkschaften in der 8-Stundenfrage.

Nach der Erwägung, daß der 8-Stundentag, der heute wirtschaftlich tragbar ist, wurde der soziale Stand des polnisch-oberschlesischen Arbeiters erwogen. Die evemtl. Stellung des Arbeitgebers, daß durch die achtstündige Arbeitszeit die Konkurrenz unsere Industrie hemmen würde, ist nur ein Zeichen ihrer Gegnerschaft für einen besseren sozialen Stand des Arbeiters.

Nach den Referaten wurde erst der Text der Resolution vom Betriebsrätekongreß vorgelesen, ferner nachstehende Resolution einstimmig angenommen.

„Die heut versammelten Belegschaften stellten ausdrücklich fest, daß die 10stündige Arbeitszeit in Polnisch-Oberschlesien sich zum Nachteil des ganzen polnischen Staates sowie aller arbeitenden Volksschichten ausgewirkt hatte. Es wird hier besonders betont, daß die ganzen Belegschaften geschlossen hinter dem, im „Dom Ludowy“ am 23. November 1927 tagenden Betriebsrätekongreß der Eisen- und Metallhütten gefaßten Beschlüsse und Resolutionen stehen.

„Die Versammelten erklärten, daß sie so lange im Kampf um den 8-Stundentag mit den anderen Belegschaften ausharren werden, bis die Forderung des Betriebsrätekongresses zu ihrer Zufriedenheit erfüllt sein wird.

Im Kampfe um den 8-Stundentag sprechen wir den Gewerkschaftsführern unser vollstes Vertrauen aus, zugleich werden die Gewerkschaftsführer aufgefordert den aufgenommenen Kampf für die gerechten Forderungen bis zum vollen Siege der Arbeiterschaft zu führen.

Wir erwarten mit Bestimmtheit von den Regierungsstellen, daß unserer Forderung im vollen Maßstabe stattgegeben wird.“

In den meisten Versammlungen wurde die Diskussion lebhaft geführt. Ueberall kam zum Ausdruck, daß man als polnische Staatsbürger die gleichen Rechte im Staate haben will, und daß der Kampf aufgenommen werden muß, alle Arbeiter haben sich restlos zu organisieren und das Wort **Solidarität** soll seine tatsächliche Bedeutung erhalten. Besonders wurde gegen Pausen opponiert genau wie gegen die ungesetzlichen Ueberstunden.

Im Schlußwort wurde hervor gehoben, daß die heutigen Versammlungen nicht die letzten sind. Nach der Rückkehr des Demobilmachungskommissars Ing. Gallot, werden die Gewerkschaften mit den Betriebsräten weiter konferieren und neue Versammlungen einberufen und weitere Beschlüsse fassen.

Ueberall wurden die Versammlungen nach mustergültigem Verlauf mit einem Hoch auf den 8-Stundentag geschlossen.

Schlesischer Sejm

Die am Mittwoch stattgefundene Plenarsitzung des Schlesischen Sejm begann mit einer Verspätung von fast 1½ Stunden, und zwar deshalb, weil der Seniorenkonvent über das Weihnachtsgeschenk an die Wojewodschaftsbeamten in Form eines 13. Gehalts sich nicht schlüssig werden konnte, nachdem Dr. Saloni namens des Wojewoden die Erklärung abgab, daß die Zentralregierung gegen das 13. Monatsgehalt sei, weil zur Deckung die erforderlichen Gelder fehlen. Sicherlich wird das in den interessierten Beamtenkreisen, besonders den niedrig stehenden Beamtenkategorien, keine freudige Stimmung hervorrufen, denn es läßt sich nicht bestreiten, daß deren Einkommen wirklich miserabel ist. Doch dürfen wir nicht vergessen, daß sie alle über ein sicheres Einkommen verfügen und von einer eigentlichen Notlage kann keine Rede sein. Schließlich, erhält der Arbeiter eine Weihnachtsgratifikation? Das wäre etwas ganz neues. Wir vertreten den Standpunkt, daß man auskömmlich entlohnen soll, anstatt Gratifikationen zu geben.

*

Der erste Punk der Tagesordnung betraf die Aufhebung verschiedener Privilegien der Stadt Kattowitz nach dem vorläufigen Gesetz über Regulierung der Kommunalfinanzen. Ein Antrag der christlichen Demokraten wünschte jedoch die Beibehaltung während eines weiteren Quartals. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter **Foikis** referierte dann über die Gewährung eines 13. Monatsgehaltes für die Wojewodschaftsbeamten. Ohne daß eine wesentliche Diskussion eintrat, wurde der Antrag, da der Wojewode gegen diese Gratifikation im Auftrage der Zentralregierung war, der Budgetkommission überwiesen.

Der nächste Punkt betraf die Ausdehnung der Verordnung des Staatspräsidenten vom 7. Oktober 1927 über künstliche Süßstoffe auf das Gebiet der Wojewodschaft Schlesien. Dieser Punkt wurde der Rechtskommission überwiesen.

Jetzt folgte der Bericht der Sozialkommission über den Antrag des P. P. S.-Klubs betreffend Abänderung der Versicherungsordnung, gleichfalls der der Budgetkommission. Nach diesem haben beide Kommissionen wesentliche Aenderungen der Versicherungsordnung gutgeheißen. **So werden die bisherigen Invaliden- und Altersrentensätze um 33 Prozent erhöht. Die Witwenrente ist dahin geregelt worden, daß Witwen mit 60 Jahren schon ohne Rücksicht auf die Arbeitsfähigkeit zum Bezug der Rente berechtigt sind.** Auch die Waisenrenten haben eine Erhöhung von 50 Prozent erfahren. Dieser Antrag wurde in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Auf diese neue Versicherungsordnung, welche wir demnächst vollständig bringen, kommen wir noch zurück.

Ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Machei und Gen. betreffend die Ausdehnung der Verordnung des Staatspräsidenten über die Kommunalsparkassen auf das Gebiet der Wojewodschaft Schlesien, wurde in erster Lesung der Budgetkommission überwiesen. Diese Verordnung regelt die Tätigkeit der Kommunalsparkassen, bestimmt eine Institution des Kommunalsparkassenverbandes für die Kontrolle und Mitarbeit der Sparkassen, und was das Wichtigste ist, sie sieht erhebliche Steuererleichterungen vor (Art. 28 dieser Verordnung).

Zum Schluß der Tagesordnung ist noch ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, und zwar: Alle Arbeitslosen, deren Unterstützungsberechtigung abgelaufen ist, sollen dieselbe weiterhin aus dem Schlesischen Hausschatz beziehen. Dieser Antrag wurde der Budget-, Rechts- und Sozialkommission überwiesen.

Damit wurde die Sitzung nach einstündiger Dauer geschlossen.

Kattowitz und Umgebung

Deutsches Theater. Freitag, den 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Kindervorstellung: „Rübezahl“. — Freitag, den 9. Dezember, abends ½8 Uhr: 3. Abonnementskonzert und freier Kartenverkauf: Kammermusikabend des Havemann-Quartetts-Berlin. Prof. Havemann, 1. Violine; Kniestädt, 2. Violine; Mahlke, Viola; Steiner, Cello. Programm: Beethoven, op. 50, F-dur; Debussy, G-moll, op. 10; Schubert, G-dur, op. 161.

Ein dreistes Banditenstück. In der Nähe des Alfredschachtes wurde am Mittwoch ein dreister Ueberfall von zwei bewaffneten Räubern verübt. Mit vorgehaltenen Schußwaffen zwangen die Täter den Chauffeur Leon R., der mit dem Personenauto Sl. 3274 zur Nachtzeit von Kattowitz nach Siemianowitz fuhr, zu halten. Einer der Räuber versetzte dem Chauffeur mit dem Revolver einen heftigen Schlag auf den Kopf, so daß dieser bewußtlos zusammenbrach, worauf dem Ueberfallenen ein Geldbetrag geraubt wurde. Als sich ein zweites Auto näherte, setzten die Verbrecher das Auto, in dem sich der bewußtlose Chauffeur befand, in Bewegung und steuerten dasselbe in der Richtung nach Siemianowitz bis zum Plac Pietra Skargi. Daraufhin verließen die Banditen das Auto und verschwanden nach diesem „Bravourstück“ in unbekannter Richtung.

Ein schwerer Ueberfall auf einen Polizisten. In der Nacht vom 22. auf den 23. August d. J. wurde auf den Polizisten Johann Babich in Imielin ein schwerer Ueberfall verübt, bei dem er entwaffnet, mißhandelt und an der Gesundheit geschädigt wurde, so daß er viele Wochen dienstuntauglich war. Durch das Singen deutscher Lieder auf der Chaussee, nahe seiner Wohnung, aus dem Schlafe geweckt, ging er auf die Chaussee hinaus, um nach den Sängern zu sehen. Kaum war er in ihre Nähe gekommen, empfing er von einem derselben einen Schlag auf den Kopf mit einer gefüllten Branntweinflasche, so daß ide Flasche in Splitter ging. Auf den Schlag brach er zusammen und verlor das Bewußtsein. Hierauf schleppten ihn die Täter an Händen und Füßen hinter einen Zaun und schlugen weiter auf ihn, als er, zum Bewußtsein zurückgekehrt, einen der Täter, den er erkannt hatte, beim Namen nannte, ein, so daß er zum zweiten Male das Bewußtsein verlor. Dann traten sie ihn mit Füßen auf Gesicht, Brust und Kopf und stampften solange herum, bis der Gemarterte wieder zum Bewußtsein gekommen war. Die Hilferufe des Mannes hörte die Frau des Polizisten und eilte mit geladenem Revolver herbei. Auf einen Schuß in die Luft, den die Frau abgab, zerstoben die Uebeltäter. Diese wurden dann aufgegriffen in der Person der Arbeiter Peter Kus, Alois Kuszowski und Oskar Stein, die sich vorgestern vor der Strafkammer zu verantworten hatten. Kus wurde als derjenige festgestellt, der die Schläge mit der Branntweinflasche und mit dem Revolver auf den Kopf des Polizisten geführt hatte. Kuszowski war beschuldigt, daß er den Polizisten mit Füßen getreten habe. Stein soll sich in der Gesellschaft der beiden befunden haben, konnte aber keiner Beteiligung an den Mißhandlungen gegenüber dem Polizisten überwiesen werden. Kus verteidigte sich mit voller Betrunkenheit, so daß er nicht wußte, was er tat. Bezeichnend ist es, daß sowohl Kus, wie Kuszowski, wie ihr Verteidiger hervorhob, mit der Absicht, um für sie Nachsicht zu erwirken, als Aufständische sich besonders hervorgetan haben. Das Gericht verurteilte Kus zu 1½ Jahren, Kuszowski zu einem Jahr Gefängnis. Stein erhielt für groben Unfug durch das Singen deutscher Lieder 50 Zloty Geldstrafe.

Verurteilung eines Gemeindevorstehers. Eine interessante Gerichtsverhandlung kam am vergangenen Sonnabend vor dem Kattowitzer Landgericht zum Austrag. Zwischen den benachbarten Ortschaften Jelin und Deckowitz wurden seit längerer Zeit Pläne entworfen, um einen besseren, schnelleren Verkehr zu erzielen. Zu diesem Zweck wurde am 8. November 1926 auf einer Versammlung mit Mehrheit der Bürobeamte Nocon aus Jelin, sowie der Ziegeleibesitzer Bonczyk aus Deckowicz beauftragt, demnächst bei der Wojewodschaft die Erlangung der Konzession zur Ueberfahrt von Lebensmitteln auf der Przemsa nachzusuchen. Um die gleiche Konzession bemühte sich ebenfalls der Gemeindevorsteher von Jelin, Johann Golczyk, und versuchte seinen Konkurrenten zu beseitigen, indem er Nocon in einem unbeobachteten Moment das von der Versammlung bestätigte Dokument, wonach Nocon als Delegierter beauftragt wurde, entwendete. Vor Gericht führte Gemeindevorsteher Golczyk aus, daß er sich das fragliche Dokument nur geliehen habe. Das Gericht schenkte dem Angeklagten keinen Glauben und verurteilte diesen wegen Diebstahl zu einer Gefängnisstrafe von 3 Tagen bezw. einer Geldstrafe von 30 Zloty.

Börsenkurse vom 9. 12. 1927
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 91¾ zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213 25 zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 zł	=	46 92 Rmk.

Königshütte und Umgebung

Betriebsrätewahlen der Königshütte.

Zum wiederholten Male steht die Belegschaft der Königshütte vor der Wahl ihres Betriebsrates. Seit jeher schon hat die Arbeiterschaft die Bedeutung ihrer Vertretung klar erkannt, was insbesondere dadurch zum Ausdruck kam, daß bereits seit Jahren die Vertreter der freien Gewerkschaften einmütig mit der Wahrung der Belegschaftsinteressen betraut wurden. Das in sie gesetzte Vertrauen haben die Betriebsratsmitglieder der freien Gewerkschaften in vollem Umfange gewürdigt; sie werden es auch fernerhin tun. Mit diesem Grundsatz gehen sie auch diesmal zur Wahl, die am 10. und 12. Dezember stattfindet. Ihre Liste, die

der freien Gewerkschaften mit Nr. 3

trägt als Spitzenkandidaten:

1. **Josef Smiskol,**
2. **Peter Sowa,**
3. **Konstantin Wilczek,**
4. **Emil Koch,**
5. **Johann Kania.**

Diese, wie alle anderen Mitglieder unserer Liste, verbürgen sich für restlose Interessenwahrung der Hüttenbelegschaft. Mehr wie früher ist heute in Anbetracht der bevorstehenden Ereignisse eine zielbewußte Betriebsvertretung vonnöten. Die Wiedereinführung des Achtstundentages und der damit verbundene Widerstand des Unternehmers bedingen Leute an die Spitze, die, gestützt auf langjährige Erfahrungen und genaueste Betriebskenntnis, weiter aber auch auf starke große Gewerkschaften, ausschließlich in der Lage sind, alle die bevorstehenden Kämpfe zum Wohle der Arbeiterschaft zu führen. Möge das die Hüttenbelegschaft ganz besonders erwägen und dann aber geschlossen eintreten für die freigewerkschaftlichen Kandidaten, für einen vollen Sieg

der Liste Nr. 3.

Gemeindevertretersitzung in Chorzow.

In Abwesenheit des Gemeindevorstehers Siwy, wurde die letzte Gemeindevertretersitzung in diesem Jahre vom Gemeindeschöffen Tomala, mit einiger Verspätung eröffnet und geleitet. Nach langer Debatte, wurde dem Königshütter Komitee für die Ertüchtigung der Jugend 1000 Zloty bewilligt. Der von diesem Komitee gestellte Antrag, daß auch das Stadion in Königshütte erbaut hatte, lautete auf Gewährung einer Subvention von 20 000 Zloty. — Die bisherige bestehende Verfügung über die Entrichtung der Hundesteuer, wurde dahin abgeändert, daß für jeden zweiten Hund, eine jährliche Steuer von 40 Zloty erhoben wird. — Die Lustbarkeitssteuer wurde ausnahmsweise erlassen, dem Westmarkenverein, dem Aufständischenverband und der Chorvereinigung, weil die Aufführungen wohltätigen Charakter nahmen. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß diese Ausnahmefälle, die letzten sind, und im nächsten Jahre keine Vergünstigungen mehr gewährt werden. — Dem Bedienungspersonal des Gemeindekrankenhauses, wurden die Bezüge auf 40 Zloty monatlich erhöht. — Als Weihnachtsgeschenk, wurde den Gemeindearbeitern die Hälfte ihres Monatslohnes gewährt. Eine längere Aussprache brachte die Festsetzung der Sätze für die Arbeitslosen. Schließlich wurde dahin eine Einigung erzielt, indem die verheirateten Arbeitslosen 25 Zl. und für 1 Kind unter 16 Jahren 5 Zl. erhalten, den ledigen Arbeitslosen wurden 10 Zloty zugesprochen. Die Verteilung wurden der vorjährigen Kommission, die sich aus den Gemeindevertretern Kelnor, Weismann, Bonczyk, Tomala, Jokiel und Banasch zusammensetzt, überlassen. — Die ulica Powstanwcow wird um weitere 200 Meter verlängert. — Für die aus Anlaß des Bischofsbesuches erbaute Ehrenpforte, wurden 200 Zloty genehmigt, desgleichen für die Kranken des Gemeindelazaretts ein Geschenk von drei Zloty. — Ein Antrag zwecks Abhaltung einer Weihnachtsfeier für Schulkinder, fand Ablehnung.

Achtung, Parteigenossinnen und Genossen!

Am Freitag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr, findet im Volkshause, Büfettzimmer, eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Die Tagesordnung umfaßt neben der Wahl von Delegierten für die am Sonntag, den 11. Dezember, in Kattowitz stattfindende Bezirkskonferenz

Die Stellungnahme zum Wahlblock unseres Ortsvereins. Gen. Helmrich referiert. Infolge der Wichtigkeit dieser Versammlung ist unbedingt das Erscheinen aller Parteigenossinnen und Genossen erforderlich. Auch alle Gewerkschaftsfunktionäre werden eingeladen.

Deutsches Theater. Am 8. Dezember wurde in Königshütte nachmittags und abends das Singspiel „Jugend im Mai" aufgeführt. Die Aufführung war im allgemeinen zufriedenstellend. Lobend hervorzuheben sind die Leistungen Mimi Fürths mit ihrem Partner Martin Ehrhard, welche wiederholt vor die Rampe gerufen wurden. Aber auch die Leistungen der Ilona Halden mit ihrem Partner Hans Lindner waren hervorragend. Eine klassisch-grausige Charakterstudie im Groteskstil gab der Spielleiter Reingold Gronert. Die Bühnenbilder von Hermann Haindl waren sehr hübsch. Die im ganzen sehr flotte Darstellung erntete reichen Beifall. Der Besuch der Nachmittagsvorstellung war mäßig; um so reichlicher aber die Abendvorstellung.

Kohlenverteilung an Arbeitslose. Das Arbeitslosenamt Königshütte macht bekannt, daß alle verheirateten Arbeitslosen, die keine Unterstützung erhalten, sich vom 9. bis 12. Dezember in den Stunden von 9—3 Uhr im Arbeitslosenamt an der ulica Glowackiego (Krugstraße) zum Empfang von Kohlenzetteln melden sollen. Als Ausweis sind die Kontrollkarten mitzubringen, aus denen wenigstens einmal im Monat die Stellung zur Kontrolle ersichtlich sein muß. Ferner wird zur Kenntnis gebracht, daß am 13. Dezember, in der Zeit von 9—3 Uhr, während der Kontrolle an alle Arbeitslosen, die Unterstützung beziehen, Kohlenkarten zur Ausgabe gelangen werden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Kohlenkarten an den näher bezeichneten Tagen auch abzuholen sind, da später eine Aushändigung nicht erfolgt.

Bergarbeiter und Kohlenabsatzgebiete

Mehr als zehn Prozent der Bevölkerung in der schlesischen Wojewodschaft, ist im Bergbau beschäftigt. Eine jede Veränderung in der Kohlenproduktion, oder im Kohlenabsatz, was ja im Zusammenhange steht, macht sich sofort in dem ganzen Industriegebiet bemerkbar. Selbstverständlich werden bei einer Veränderung in erster Reihe die Bergarbeiter betroffen, weshalb gerade die Bergarbeiter, die auf den Absatz keinen Einfluß haben und den Profit die Kapitalisten einstecken, an den Absatzgebieten ein Interesse haben. Das klingt wie ein Hohn, und doch ist es wahr, weil das Risiko in der Produktion und im Absatz stets auf die Arbeiter abgewälzt wird. Wenn Absatzmärkte verloren gehen, so werden Feierschichten angelegt oder Arbeiter entlassen. Diese Tatsachen beweisen schon, daß sich der Bergarbeiter für Kohlenabsatzmärkte interessieren muß.

Die Absatzgebiete für die oberschlesische Kohle befinden sich im In- und Auslande. Wir haben wiederholt feststellen müssen, daß der Kohlenexport seine Grenzen hat. Falls neue Absatzgebiete erobert werden, so gehen wieder andere verloren. Die schlesischen Gruben liegen sehr ungünstig. In Ermangelung von billigen Wasserstraßen, sind sie auf die teuren Bahntransporte, die immer wieder erhöht werden, angewiesen. Daher ist die polnisch-oberschlesische Kohle nicht konkurrenzfähig, trotz der niedrigsten Löhne, die im polnischen Bergbau gezahlt werden. Trotz der schönen Konjunktur im Bergbau, die in diesen Monaten ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte, haben wir immer noch viele Bergarbeiter ohne Arbeit. Außerdem werden auf allen polnisch-oberschlesischen Gruben monatlich 3—5 Feierschichten eingelegt. Das Problem dieser Arbeitslosigkeit im Bergbau wäre durch die Hebung des Kohlenabsatzes auf den inländischen Märkten zu erreichen. Es wird daher von Interesse sein, sich den inländischen Kohlenabsatz genauer anzusehen und Vergleiche anzustellen. Der Hauptkohlenabnehmer auf dem Inlandsmarkte, ist die polnische Eisenbahn. Sie verbrauchte vom 1. Januar bis zum 30. Oktober 1926 657 414 Tonnen und in derselben Zeit 1927 1 445 247 Tonnen. Dann folgen die Koksanstalten, die in den ersten 9 Monaten des vergangenen Jahres 969 832 Tonnen und im Jahre 1927 1 193 816 Tonnen Kohle verbraucht haben. Die Steigerung beträgt hier 23 Prozent. An Brandkohle für den Hausbedarf wurde in den 9 Monaten 1926 763 762 Tonnen und 1927 967 4444 Tonnen, abgesetzt. Die Steigerung beträgt hier 27 Prozent. Die Hüttenwerke verbrauchten 1926 532 642 Tonnen, 1927 775 802 Tonnen. Die Steigerung beträgt hier 46 Prozent. Insgesamt wurde in den ersten 9 Monaten auf dem Innenmarkte 5 242 416 Tonnen und 1927 7 832 634 Tonnen Kohle abgesetzt. Die Steigerung beträgt hier 2 590 218 Tonnen. Und diese Steigerung dauert nicht nur an, sondern wird prozentual immer höher. Der Absatz auf dem Innenmarkte betrug im September d. Js. 1 495 798 Tonnen und und im Oktober bereits 1 611 995 Tonnen oder um 116 197 Tonnen mehr. Die oberschlesische Kohle hat hier eine große Zukunft vor sich. Der inländische Markt kann beliebige Kohlenmengen aufnehmen, doch muß zuerst die Eisenbahn ausgebaut werden. Auch ist der Kohlenpreis zu hoch und der Kaufskraft des polnischen Kohlenkonsumenten nicht angepaßt. Die hohen Frachtspesen und der Kettenhandel verteuern die Kohle, die schon ab Grube zu teuer ist, ungemein. Kostet doch eine Tonne Kohle in der Umgebung von Olkusch, das 60 Kilometer von Kattowitz entfernt liegt, 50 Zloty! Das ist eine ungemein hoher Preis, weshalb sich die Kohle als Heizmittel nicht mehr eignet und vom Holz verdrängt wird.

Wir unterstreichen also, daß die Arbeitslosenfrage im oberschlesischen Bergbau durch die Steigerung des inländischen Absatzgebietes gelöst werden kann. Das Ziffernmaterial liefert den besten Beweis, daß diese Lösung möglich ist und mit der Zeit eintreten dürfte. Die oberschlesischen Bergarbeiter, die unter der Arbeitslosigkeit schwer leiden müssen, haben schon das Interesse daran, daß der inländische Kohlenkonsum gesteigert wird. Soll das eintreten, so muß Polen auf dem Gebiete der Kohlenpolitik umlernen. Die Kohlenpreise müssen einer Revision unterzogen werden und die Transportspesen ebenfalls. Polen gewährt den Gruben Transportermäßigungen für die Exportkohle, nicht aber für den inländischen Verbrauch. Mit der Zeit dürfte schon die Einsicht kommen, daß die polnisch-oberschlesische Kohle im Inlande verbraucht werden kann. An der Kohlenkonvention und der polnischen Regierung liegt es, den Zeitpunkt des gesteigerten Kohlenabsatzes im Inlande zu beschleunigen.

Das Elend der deutschen Kriegsbeschädigten

Ueber das Elend der deutschgesinnten Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen in Polnisch-Oberschlesien ist an dieser Stelle bereits wiederholt berichtet worden. Wir bringen dazu heute folgenden weiteren Bericht: Der alte Wirtschaftsverband der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen gedachte seinen Mitgliedern auch in diesem Jahr eine bescheidene Weihnachtseinbescherung zu bereiten. Die Mittel dazu sollten, wie in den Vorjahren, durch eine Listensammlung aufgebracht werden. Dazu ist die Genehmigung der Wojewodschaft erforderlich. Die Genehmigung ist mit Gesuch vom 6. Oktober d. Js. erbeten worden. Das Gesuch wurde abgelehnt. Die Ablehnung hat folgenden Wortlaut:

Dyrekcja Policji w Katowicach.
Liczba II. 3111/1.
Dotyczy:

Katowice, dnia 25-go listopada 1927 r.

Do

Zarzadu
Zjednoczenia Inwalidów i Pozostałych Wojennych,
dawn. Wirtschaftsverband w Katowicach.

Auf das Schreiben vom 6. Oktober 1927 teilt die Polizeidirektion mit, daß der Slaski Urzad Wojewodzki durch Erlaß vom 22. November 1927 L. B. P. 5286/85 — die Erteilung der Genehmigung zu einer Geldsammlung im Bezirk der Stadt Groß-Katowice abgelehnt hat, weil die Einwohnerschaft von Katowice mit bereits genehmigten Sammlungen überlastet ist.

Unterschrift.

Die Sorge unserer Wojewodschaft, die Belastung der Bürgerschaft mit Sammlungen nicht ausarten zu lassen, ist nur zu begrüßen. Merkwürdig erscheint jedoch, daß gerade ein deutscher Verband das Maß zum Ueberlaufen brachte. Aus der Ablehnungsbegründung geht hervor, daß andere Antragsteller mehr Glück hatten. Zu spät oder später als alle anderen Anträge mag der Antrag des Kriegsverletzten-Wirtschaftsverbandes kaum eingelaufen sein. Er ist vom 6. Oktober 1927 datiert und wurde auf der Polizeidirektion persönlich überreicht. Im übrigen drängt sich der Gedanke an einen Zusammenhang mit der Uebung auf, die aus Anlaß der Verteilung einer einmaligen Unterstützung an die Kriegsopfer im Mai/Juni d. Js. festgestellt werden konnte. Auch damals sind die Mitglieder des alten Kriegsbeschädigten-Wirtschaftsverbandes von jener Hilfsaktion ausgeschlossen worden. Die alsbald beim Minderheitsamt eingelegte Beschwerde schwebt noch! Hoffentlich wird in diesem Beschwerdeverfahren festgestellt werden können, wem die Schuld an der unterschiedlichen und verfassungswidrigen Behandlung friedlicher polnischer Staatsbürger beizumessen ist.

Schließlich sei noch folgendes bemerkt: Anträge um die Genehmigung von öffentlichen Sammlungen sind zunächst doch wohl vom Gesichtspunkt der Bedürftigkeit und Würdigkeit zu prüfen. Hinsichtlich der Bedürftigkeit sei auf die durchaus unzulängliche Rentenversorgung der Kriegsopfer hingewiesen, sowie darauf, daß begründete Rentenanträge nicht selten jahrelang in der Schwebe bleiben, bevor sie zur Erledigung und die Antragsteller zu ihrer Rente gelangen. Was die Würdigkeit anbelangt, so liegt — unter Ausschaltung des nationalen Moments, dem hier eine ausschlaggebende Rolle nicht beigemessen werden darf — — nicht der geringste Anlaß vor, dem alten Kriegsbeschädigten-Wirtschaftsverband eine geringere Note zu geben, als allen anderen auf karitativem und sozialem Gebiet tätigen Verbänden und Vereinen. — — Die Mitgliedschaft des so überaus hart betroffenen deutschen Kriegsbeschädigtenverbandes wird also infolge der ablehnenden Haltung der Wojewodschaft in diesem Jahre keine Weihnachtsbescherung haben. Dieser überaus bedauernswerte Umstand wird die Weihnachtsfreude derjenigen Stellen und Persönlichkeiten, in denen Händen die Entscheidung gelegen hat, bestimmt nicht erhöhen.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Gemeindevertretersitzung in Schwientochlowitz.

In der am Mittwoch, den 7. d. Mts., stattgefundenen Sitzung hatte die Gemeindevertretung 13 Tagesordnungspunkte zu erledigen. Nach Eröffnung der Sitzung durch den kommissarischen Gemeindevorsteher Polak wurden die zwei letzten Punkte miteinander verbunden und beschlossen, diese in geheimer Sitzung zu behandeln. Daraufhin brachte unter Mitteilungen der Gemeindevorsteher zur Kenntnis, daß die Wojewodschaft entgegen ihrer ursprünglichen Zusage den Bauplatz, auf welchem die Arbeiterkolonie von 120 Häuschen gebaut wird, nur zur Hälfte bezahlen will, während die Gemeinde die zweite Hälfte tragen soll. Es schweben aber noch Verhandlungen darüber, die eine erträgliche Basis schaffen werden. Nach Beendigung des laufenden Bauprogramms soll die Wojewodschaft beabsichtigen, eine zweite Kolonie von ebenfalls 120 Häuschen zu errichten. Der Mietspreis samt Amortisation wird 36 00 Zloty betragen.

Zur Wahl der Schöffen erklärte der Gemeindevorsteher, daß diese Angelegenheit im Sinne der deutschen Fraktion erledigt wird und wünscht er auch bezüglich des Streitfalles in der Subventionsangelegenheit der deutschen Bibliothek direkte Einigungsverhandlungen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergehend, teilte der Gemeindevorsteher mit, daß die Aufsichtsbehörde etliche Positionen bei der Anstellung von Gemeindefunktionären beanstandet habe und ersuchte um formelle Genehmigung zur Aenderung zweier Positionen. Der Gemeindezuschlag zur staatlichen Getränkeumsatzsteuer ist von 100 Prozent auf 200 Prozent erhöht worden. Zur Wahl einer Finanzrevisionskommission einigte man sich dahin, daß aus der bereits bestehenden Budgetkommission die Herren Walecki, Dyrda und als Ersatzmann Herr Komander die engere Revisionskommission bilden sollen. In die Bautenabnahmekommission wurden die Gemeindevertreter Mackowiak, Olejnik, Wlodarz, Sowa, Wallusch, Kopatz und als Fachmann der Baumeister Ziolko ehrenamtlich gewählt.

Zwecks besserer Beleuchtung des sogenannten Güterzuges auf der Hugokolonie wurden 3200 00 Zloty bewilligt, desgleichen die Renovationskosten der Klosettanlagen in dem der Gemeinde gehörigen Gebäude, das gegenwärtig die Steuerbehörde bewohnt. Für das auf der Langestraße durch Herrn Paul aus Gemeindemitteln im Bau befindliche Wohnhaus bewilligte man weitere 15 000 Zloty mit der Maßgabe, daß diese Summe als Endsumme gilt.

Bei Bewilligung von Mitteln zur Weihnachtseinbescherung der Arbeitslosen, Ortsarmen, Krieger- und Aufstandswitwen geriet man in eine freigebige Weihnachtsstimmung. Es werden nach langer Debatte 30 000 Zloty für diesen Zweck bereit gestellt. Auch die Veteranen aus dem Kriege 70-71, deren die Gemeinde noch 4 aufzuweisen hat, erhalten je 20 Zloty. Die Verteilung der bewilligten Gelder wird entgegen den bisherigen Gepflogenheiten diesmal nicht durch die Pfarrei, sondern durch eine sich aus Gemeindevertretern zusammengesetzte Kommission vollzogen werden, die sich aus den Herren Przywara, Sieronski, Sowa, Komander und Olejnik zusammensetzen wird. Außerdem gelangen 240 Tonnen Kohle an die Ortsarmen zur Verteilung. Eine lebhafte Debatte lösten auch die Subventionsanträge seitens der Aufständischen und Schützen aus, welche Geldmittel zur Beschaffung von Uniformen verlangten. Schließlich wurde den beiden Gruppen doch noch je 500 Zloty bewilligt.

Darauf ging man zur Behandlung der zwei letzten Punkte in geheimer Sitzung über, welche Beamten- und Angestelltenfragen gewidmet waren. Gebefreudig wie man nun einmal war, ist allen Gemeindefunktionären und Arbeitern ein Monatsverdienst als Weihnachtsgabe analog gleichlautenden Beschlüssen in anderen Gemeinden bewilligt worden. Nach Erledigung noch anderer persönlicher Angelegenheiten schloß Herr Polak nach 3½stündiger Dauer die Sitzung.

Polen — Rumänien u. Moskau

Frankreich dirigiert.

Mit der prinzipiellen Einigung der Mächte in Genf mit Einschluß der Sowjetunion über die Behandlung des litauisch-polnischen Konflikts verdichten sich auch die Gerüchte über russisch-französische Sicherheitsverhandlungen. Es bleibt eine andere Frage, ob solche Verhandlungen von Frankreich entgegen dessen bisheriger Ansicht auch ohne voraufgehende Regelung der Schuldenfrage für möglich gehalten werden, aber das große Rätselraten um die Perspektiven von Sicherheitsverhandlungen läßt doch aufmerken. Bekanntlich besteht ein Plan Poincarees bezüglich eines Sicherheitspaktes mit Moskau in der Zusammenfassung sämtlicher Randstaaten vom Schwarzen Meer bis hinauf zur nördlichsten Ostsee in einem Paktwerk, das von Rußland und Frankreich garantiert wird. Wenn Moskau diesen Plan bisher für nicht diskutierbar angesehen hat, so spielte die Schulden- und Kreditfrage dabei eine geringere Rolle als die prinzipielle Ablehnung von Sicherheitsverträgen durch Moskau, die die Entscheidung über den Kriegskonflikt in die Hände des Völkerbundes legen. Nun aber sind sich sowohl die Franzosen wie auch die Sowjetrussen darüber einig, daß sie eine Abrüstung erst dann wirklich ins Auge fassen wollen, wenn sie oder andere eine für alle Seiten, auch die russische Seite, brauchbare Sicherheitsformel gefunden haben. Liegt somit die Sicherheitsfrage, wenigstens soweit es die Sowjetunion und Frankreich angeht, ganz in militaristischen Händen, so wird auch ihre Lösung nicht denkbar ohne die Berücksichtigung zweier weiterer russischer Bedenken gegen Frankreichs Randstaatenpolitik. Das eine davon betrifft den polnischen Einfluß nördlich von Polen, das andere den polnischen Einfluß in südöstlicher Richtung, in Rumänien.

Verhältnismäßig leichter als die zweite Frage stellt sich uns die erste dar, ist es doch schon immer den Kontinentalinteressen Rußlands lieber gewesen, im Baltikum einen französischen Partner als einen englischen zu haben. Wenn das gleiche auch auf das polnisch-rumänische Verhältnis angewandt werden kann, so liegt hier doch ein Militärbündnis vor, das Rußland umso schwerer parieren kann, als es nur ein Teil jener osteuropäischen Militärpolitik Frankreichs ist, die auch Rußland nicht gleichgültig sein kann. Wie sich Moskau seine künftige Stellung bei einem möglichen Sicherheitsvertrag mit Frankreich hierzu denkt, ist natürlich unbekannt. Doch läßt sich vermuten, daß es durchaus den Gedanken erwägt, Rumänien isoliert von den übrigen möglichen Paktmächten im Randstaatengebiet zu behandeln. Schon der Ukraine-Frage wegen, die trotz des bessarabischen Konfliktstoffes mehr eine Frage Moskau—Warschau als Moskau—Bukarest ist. Nicht zuletzt darum, weil die Opposition Sinowjews und Trotzkis mit ihren oppositionellen Freunden in der polnischen West-Ukraine paktieren und eine Parteipolitik betreiben, die nach Stalins Ansicht sowohl den großrussischen als auch den großukrainischen Chauvinismus stärkt, damit aber Polen in die Hand arbeite. Demgegenüber erstrebt Moskau eine gemäßigte Ukrainisierung auf nationalkulturellem und wirtschaftlichem Gebiet, jedoch so, daß die staatlichen Beziehungen zu Polen immer mehr in das Stadium der Entspannung übergehen. Aeußerst bemerkenswert hierfür ist eine große Parteidebatte in Charkow vor einigen Tagen gewesen, bei der die Opposition und ihre westukrainischen Agenten in den Tod verdammt worden sind, und die fast gleichlautenden Aeußerungen des Präsidenten der Sowjetunion Kalinin bei einem Besuch in Rostow am Don und des polnischen Gesandten Patek in Warschau nach seiner Rückkehr von einer Urlaubsreise durch die Ukraine und den Kaukasus. Sowohl Kalinin als auch Patek machte die merkwürdige Feststellung, daß „die kleinbourgeoisen Elemente im Westen der Sowjetunion mit immer größeren Sympathien begegnen“ (Kalinin) und daß „die Bevölkerung der Ukraine und des Kaukasus fast instinktiv auf die Sympathien erwidert, die Polen dieser Bevölkerung schon immer entgegengebracht hat“.

Völlig anders dagegen behandelt die Sowjetmeinung Rumänien. Zum Teil mit, zum Teil ohne Grund. Was soll ein Staat, der um seine Sicherheit besorgt ist, zu der Forderung des Bukarester „Cuvantul“ sagen: „Die Sowjetflotte muß im künftigen Krieg zwischen Rußland und einer anderen Macht im südlichen Schwarzen Meer vernichtet werden, einem Krieg, der unter Einfluß von seiten Englands aufflammen kann. Wer aber könnte die Sowjetflotte vernichten? Ausschließlich eine englisch-rumänische Flotte, die ihre Basis an der rumänischen Küste hat!“ Man verdenkt es selbst der nicht minder offenen Moskauer „Prawda“ nicht, wenn sie dagegen Front macht, aber sie geht noch einen Schritt weiter und fordert von Rumänien die Rückgabe Bessarabien, trotzdem sie sich dessen bewußt sein muß, daß im bessarabischen Konflikt eine Kriegsgefahr schlummert. Trotzdem hat es nicht den Anschein, als lehne sie Verhandlungen mit Rumänien ab, denn sie widerlegt nicht die Nachricht, daß die neuen russisch-rumänischen Grenzverhandlungen russischerseits von einem Vertreter des Außenkommissariats geführt werden, sondern laviert mit besonderem Geschick. Rumänien dürfe nur ja nicht glauben, daß englische Admirale rumänische Hoffnungen erfüllen können, denn weder Polen noch Rumänien seien imstande, die Ukraine von Rußland loszulösen.

Die bessarabische und ukrainische Frage in der russisch-französischen Hand —, eine bedenkliche Folge des Genfer Satyrspiels!

A. D. D.

Der polnische Außenhandel

Seine Entwicklung in neuester Zeit.

Die Entwicklung des polnischen Außenhandels weist auch in der letzten Zeit wiederum einzelne recht interessante Erscheinungen auf.

Die Oktoberbilanz des polnischen Außenhandels zeigt wiederum einen großen Einfuhrüberschuß, und zwar von 23 Millionen Zloty neuer Parität. Dabei ist sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr gegen den September gestiegen. Die Ausfuhr stieg um 18,6 Millionen Gold-Zloty alter Parität, die Einfuhr um 24 Millionen Gold-Zloty alter Parität, so daß das Passivum der polnischen Handelsbilanz im Oktober noch um 5,4 Millionen God-Zloty alter Parität größer war als im September (also auch in diesem Monat hat sich der polnische Außenhandel wiederum genau so entwickelt wie der deutsche; denn auch in Deutschland stieg im Oktober die Passivität der Handelsbilanz bei stark steigender Ausfuhr, aber noch stärker steigender Einfuhr). Neu ist in der Entwicklung jedoch, daß im Oktober zum ersten Male Polens Kohlenausfuhr stabil geblieben ist. Sie war im Oktober nur um 3000 Tonnen größer as im September und betrug im Oktober insgesamt 1 075 000 Tonnen. Die Kohlenausfuhr Polnisch-Oberschlesiens ist sogar im Oktober gegenüber dem September etwas gesunken, nämlich um 7200 Tonnen. Sie betrug im Oktober im ganzen 879 751 Tonnen. Bemerkenswert ist dabei, daß in dieser Zeit auch die Haldenbestände in Polnisch-Oberschlesien fast um denselben Betrag stiegen. Das beweist, daß Polen selbst diesen, wenn auch sehr geringen Ausfuhrausfall, tatsächlich nicht mehr aufnehmen konnte und daß die fragliche Menge in dem Augenblick überhaupt nicht mehr absetzbar war, als er nicht mehr ans Ausland abgesetzt werden konnte. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß die Förderung der polnisch-oberschlesischen Kohlenindustrie im Oktober insgesamt nicht unerheblich gegenüber dem September gestiegen ist, nämlich um 104 Millionen Tonnen, so daß Polen selbst dennoch im Oktober tatsächlich eine weit höhere Kohlenmenge aufgenommen hat als im September. Tatsächlich sind denn auch die Absatzziffern der polnisch-oberschlesischen Kohlenindustrie nach dem polnischen Inland im Oktober nicht unerheblich gestiegen. In Ostoberschlesien selbst wurden nämlich im Oktober 58 500 Tonnen und im übrigen Polen fast 53 000 Tonnen mehr abgesetzt als im September. Immerhin zeigt sich doch wenigstens für Polnisch-Oberschlesien (das dürfte für die Lage der gesamten polnischen Kohlenindustrie aber symptomatisch sein), daß selbst dann, wenn Polen seinen eigenen Kohlenverbrauch sehr steigert, es bei befriedigender Kohlenproduktion doch noch auf den Kohlenexport in der jetzt erreichten Höhe angewiesen ist.

Sehr interessante amtliche polnische Zahlen werden bekannt über die Handelsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland in den ersten neun Monaten 1927. Danach hat Polen aus Deutschland in den ersten nuen Monaten 1927 für 306 Millionen G. Zl. Waren bezogen und an Deutschland für 33,5 Millionen G. Zl. geliefert. Somit ist in den ersten neun Monaten 1927 die Einfuhr Polens aus Deutschland mehr als doppelt so groß als in der gleichen Zeit 1926, in der Polen von Deutschland nur für 134 Millionen G. Zl. Waren bezogen hatte, während die Ausfuhr Polens nach Deutschland in den ersten neun Monaten 1927 fast um 100 Millionen G. Zl. gegenüber der gleichen Zeit 1926 gestiegen ist, d. h. um ungefähr 35 Prozent. Diese Zahlen zeigen zunächst, daß trotz des deutsch-polnischen Zollkrieges auch im Jahre 1927 die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern ganz außerordentlich gewachsen sind. Trotz aller Kampfmaßnahmen ist es beiden Ländern gelungen, einen großen Teil des Ausfalls wieder einzuholen, der durch diese gegenseitigen Kampfmaßnahmen zunächst herbeigeführt wurde. Ferner zeigt sich aber auch, daß es Deutschland in diesem Jahre (wenigstens im Vergleich zum vergangenen Jahre) in weit höherem aße gelungen ist, seine Ausfuhr nach Polen zu steigern, als es Polen in dieser Zeit gelungen ist, seine Ausfuhr nach Deutschland zu steigern. Danach ist Polens Ein-Jahre) in weit höherem Maße gelungen ist, seine Ausfuhr nach Deutschland. Die Erklärung für das stärkere Aufholen Deutschlands in seiner Ausfuhr nach Polen im Vergleich zur Entwicklung der Ausfuhr Polens nach Deutschland liegt wahrscheinlich darin, daß Deutschlands Kampfmaßnahmen sehr viel stärker waren als Polens Kampfmaßnahmen. Im Uebrigen zeigt diese Entwicklung vor allem das eine, wie sehr beide Länder einander wirtschaftlich brauchen, da trotz hoher Kampfzölle, trotz direkter Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen sich die Handelsbeziehungen ständig so stark verdichten. Die Entwicklung der Einfuhr Polens aus Deutschland und der Ausfuhr Polens nach Deutschland in den einzelnen Monaten der ersten drei Quartale 1927 deckt sich nicht immer. Der Höhepunkt liegt bei der polnischen Einfuhr aus Deutschland im Mai, bei Polens Ausfuhr nach Deutschland im März und wieder im August und September. Daraus aber weitgehende Schlüsse ziehen zu wollen, wäre voreilig. Das kann sich auch ganz zwanglos aus den Verschiedenheiten der ein- und ausgeführten Warengattungen und aus Saison-Verschiedenheiten erklären.

Warum muß jede Frau Sozialistin sein?

Weil die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die von jeher die volle Gleichberechtigung der Frau in ihrem Programm forderte.

Weil die Sozialdemokratische Partei die alleinige wahre Hüterin des Friedens ist und jede Frau doch den Frieden will.

Weil die Sozialdemokratische Partei aufrichtig und unbeirrt für Recht und Freiheit kämpft und damit den tiefinnersten Wünschen der Frau Ausdruck gibt.

Weil die Sozialdemokratische Partei das heutige Wirtschaftssystem aufs schärfste verurteilt, das auf der einen Seite Ueberfluß und Verschwendung, auf der anderen Seite Not und Entbehrung schafft.

Weil die Sozialdemokratische Partei jedem einzelnen das Recht auf Arbeit und Erwerb, aber auch das Recht auf ein Teil Lebensfreude sichern will.

Weil die Sozialdemokratische Partei den Schutz der Schwachen und Pflegebedürftigen, der Kleinkinder, der heranwachsenden Jugend, der Kranken, Krüppel und Waisen, der Witwen und alten Leute zu ihren vornehmsten Pflichten zählt.

Weil die Sozialdemokratische Partei den Kindern eine bessere Schule geben will, die sie zu wertvollen Mitgliedern der Menschheit erzieht.

Weil die Sozialdemokratische Partei in jeder Beziehung das erstrebt, was eine fortschrittlich gesinnte Frau für sich, für ihre Familie und für ihre Kinder wünscht.

Darum ist jede Frau, die die gleichen Wünsche hat, schon unbewußte Sozialistin.

Folgerichtig muß jede Frau werden für die Wahl von Sozialdemokraten.

Kautskys neues Buch

Ein Hauptwerk des Sozialismus.

Von Adolf Braun.

„Natur und Gesellschaft“ betitelt Karl Kautsky den ersten Band seines bei Dietz erscheinenden großen Werkes über die materialistische Geschichtsauffassung.

Die materialistische Geschichtsauffassung, diese große Streitfrage der Philosophie und des Sozialismus hat bisher nur spärliche Darstellung gefunden. Marx und Engels selbst haben sich wohl von dieser Geschichtsauffassung in all ihren literarischen Werken leiten lassen, aber das, was sie im besonderen über diese Geschichtsauffassung geschrieben haben, läßt sich auf wenige Seiten zusammenfassen. Bekannt ist ja die so außerordentlich kurze trotzdem inhaltsreiche Begriffserklärung der materialistischen Geschichtsauffassung in dem Vorworte „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ von Karl Marx. Von da geht der große Streit um das Wesen, aber auch um die methodische Bedeutung und über die Anwendbarkeit der materialistischen Geschichtsauffassung aus. Wie oft ist sie widerlegt worden und immer wieder taucht sie auf im wissenschaftlichen Streit. Ja, wir finden sogar die merkwürdige Tatsache, daß bedeutende Historiker sie angewandt, aber nicht anerkannt haben, wie das von Lamprecht gilt, und daß sie andererseits von einem Kollegen Lamprechts von der gleichen Universität, von E. Brandenburg, zuerst bekämpft wurde, während er ihr später viel näher trat.

Auch die Stellung der Sozialdemokraten, ja sogar im besonderen der Marxisten zur materialistischen Geschichtsauffassung hat sich erheblich geändert. Es gab eine Zeit, sie ist ein knappes Menschenalter hinter uns, in der viele Sozialdemokraten wie auch viele Gegner die Anerkennung der materialistischen Geschichtsauffassung als Voraussetzung der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ansah. Es ist wohl kein Irrtum, wenn hier die Behauptung gewagt wird, daß auch Karl Kautsky in Jahrzehnten vor dem Weltkriege dieser Meinung gewesen ist. Heute schreibt er:

„Die Anerkennung der materialistischen Geschichtsauffassung soll nicht etwa eine Vorbedingung zur Angehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei sein, diese Partei muß jedem offen sein, der den Befreiungskampf des Proletariats, den Kampf gegen jegliche Unterdrückung und Ausbeutung mitkämpfen will, wie immer er dieses Wollen theoretisch begründen mag, ob materialistisch oder kantianisch oder christlich oder sonstwie.“

Aus diesen letzten Sätzen spricht die Weisheit des Alters, in dem die begeisterte Kampfesfreude für den Sozialismus so lebendig ist, wie sie je war, die aber Unduldsamkeit und Orthodoxie längst überwunden hat. Kautsky steht mit uns, trotzdem er die Türen weit öffnet für jeden, der guten Willens ist, innerhalb der Sozialdemokratie zu wirken, noch immer auf der Ueberzeugung, daß die fruchtbarste und erfolgreichste Methode, den Befreiungskampf des Proletariats zu führen und siegreich zu beenden, die materialistische Geschichtsauffassung ist.

Wir wissen, wie viele in unseren Reihen und außerhalb unserer Reihen nur zu oberflächlich von der materialistischen Geschichtsauffassung reden, sie mit und auch ohne Willen umdeuten und ihr dies und jenes, was mit ihr durchaus nicht im Zusammenhang steht, unterschieben und an ihr deuten. Wie jede große Theorie der Philosophie und der Geschichte, so ist auch die materialistische Geschichtsauffassung sowohl vom Vulgärmarxisten wie vom bürgerlichen Oekonomen auf ein paar Schlagworte gebracht worden. Das große Werk von Karl Kautsky, das die Frucht eines langen wissenschaftlichen Lebens und Forschens ist, wird das in künftigen Zeiten erschweren, hoffentlich unmöglich machen.

In nicht viel weniger als zweitausend Seiten zeigt uns Kautsky, was die materialistische Geschichtsauffassung ist, welch mannigfache Zusammenhänge sie mit zahlreichen Wissenschaften und vielen Forschungsergebnissen hat. Wer dieses große Werk, bevor er an sein Studium gegangen ist, zur Orientierung nur durchgeblättert hat, der wird erkennen, welch ausgebreitetes Wissen Kautsky eigen ist, wi eer eine in ihrer Fülle schwer übersehbare Literatur beherrscht und wie er aus diesen vielen Zusammenhängen den Nachweis für die Richtigkeit dieser großen Theorie erbringt.

Das erste Buch des ersten Bandes ist rein philosophisch. Es handelt vom Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung, vom Materialismus und Idealismus von Gottesglauben und Ethik, in einem besonders großen Abschnitt von Kant, vom Theorie und Praxis und von Dialektik. Wenn Kautsky sicherlich als Philosoph zu den Geschichtsphilosophen zu zählen ist, so wird der Erkenntnistheoretiker und Ethiker auch in Kautsky einen Mitforschenden und Mitstrebenden erkennen. Und ebenso werden auch die Psychologen sich mit ihm zu befassen haben. Ist das zweite Buch des ersten Bandes, das gleichfalls stark philosophisch und im besonderen psychologisch ist, der Menschennatur gewidmet, so das dritte Buch der menschlichen Gesellschaft. Es ist eine reiche Fülle von Wissen und Können und nicht von aneinandergereihtem Wissen, sondern von durchdachtem Wissen.

Weit über die Kreise unserer Partei hinaus wird dieses große Werk anregend und befruchtend wirken. Es wird vielen erst die große Bedeutung des Sozialismus und seine Stellung in der Wissenschaft unseres Jahrhunderts klar machen. Es wird den Eifer der jungen und alten Gelehrten, die ihre Sporen verdienen mußten durch Widerlegungen von Marx und seiner materialistischen Geschichtsauffassung stark abkühlen. Vor allem wohl durch den letzten Abschnitt des ersten Bandes, der dem Vorwort der Kritik der politischen Oekonomie gewidmet ist.

Es ist schwer, ohne oberflächlich sein zu wollen, ein Werk von 890 Seiten den Lesern in einem Zeitungsartikel nahe zu bringen. Man kann nur die Neugierde der Leser reizen, sie veranlassen, aus dem reich fließenden Born dieses Werkes die Bestätigung und Vertiefung dessen zu holen, was ihnen der Sozialismus zur Welt- und Lebensanschauung zur Erklärung des Vergangenen und zur Einsicht in die Entwicklung machte. Man wird staunen, nicht über die Menge des Wissens, das in dem Werke niedergelegt ist, sondern auch über die tiefe Einsicht in die Entwicklung der Menschheit. Auf eine ganze Reihe von Problemen wird man hingelenkt, wenn man sich durch diesen Band mit Ernst und Mühe mit dem starken Streben, sich seinen geistigen Inhalt zu eigen zu machen, durcharbeitet. Aber diese Mühe lohnt sich, das Bild des Sozialismus weitet sich den Lesern und seine Grundsätze werden sich in ihm festigen. Aber nicht nur darin liegt die große Bedeutung dieses Werkes, wir glauben auch, daß bei unseren ehrlichen Gegnern — wie viele das sind, wissen wir freilich nicht — die Erkenntnis, nachdem dieses Buch durchgelesen ist, sich einstellen wird, daß so leicht, wie sie es sich vorgestellt haben, die Widerlegung des Sozialismus nicht ist.

Kautsky hat viele Polemiken in seinem Leben geführt. Scharfe Schwerter wurden da gekreuzt und viele haben es deshalb an Anerkennung für das wissenschaftliche Lebenswerk Kautskys fehlen lassen. Gar viele von diesen werden erkannt haben, daß sie Kautsky nicht gerecht und nicht genügend gewürdigt haben, daß sie sich überhoben haben und Kautsky nicht eingeschätzt haben, wie er es durch viele Werke verdient hat. Nun aber, wo dieses seit Jahrzehnten vorbereitete Werk der wissenschaftliche Lebensinhalt Kautskys zusammengestellt ist, wird wissenschaftliche und politische Gegnerschaft den Degen vor ihm senken und seine

großen Verdienste, nicht für den Sozialismus, sondern auch für die deutsche Wissenschaft und für das Verständnis der Wissenschaft unter dem Proletariat anerkennen müssen.

Auch der zweite und abschließende Band von Kautskys „Materialistischer Geschichtsauffassung", der den Staat und die Entwicklung der Menschheit behandelt und in noch höherem Maße unser Interesse gefangen nimmt, wird in diesen Wochen erscheinen.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 9. Dezember 1927. 15.45—16.30: Für den Sendebezirk Breslau: Stunde mit Büchern. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 19—19.30: Uebertragung aus Gleiwitz: Zeitlupenbilder aus Oberschlesien. — 19.30—20: Was meinen Sie dazu? Blind sein! — 20.10: Wunschkonzert der Funkkapelle. — 21.10: Spielmanns Balladen und Schwänke. Anschließend: Die Abendberichte und Zehn Minuten Esperanto. — 22.30 bis 23.30: Schallplattenkonzert der Firma Felix Kayser, Breslau.

Sonnabend, den 10. Dezember 1927. 15—15.30: Weihnachtskonzert für Kinder auf Schallplatten. — 15.30—16.30: Für den Sendebezirk Gleiwitz: Uebertragung aus dem Kinosaal Neuer Ring, Groß-Strehlitz: Eröffnung des Heimatmuseums Groß-Strehlitz. — 16.10—16.30: Für den Sendebezirk Breslau: Die Filme der Woche. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Abt. Literatur. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Stunde der Deutschen Reichspost. — 19.30—20: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 20.10: Heiterer Abend. Anschließend Die Abendberichte und bis 24: Tanzmusik der Funkkapelle.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Dienstag, den 13. Dezember, 7½ Uhr abends, findet im Zentralhotel ein Vortrag des Gen. Birghan über „Jugendbestrebungen" mit Lichtbildern statt.

Kattowitz. Da Sonnabend, den 10. Dezember, eine wichtige Sitzung des Ortsvereins stattfindet, so wird der Kurs über „Wirtschaftsgeschichte" auf Donnerstag, den 15. Dezember verlegt.

Versammlungskalender

Kattowitz. D. S. A. P. Am Sonnabend, den 10. Dezember, abends 7½ Uhr, findet eine Mitgliederversammlung im Saale des Zentralhotels statt. Es sollen die Delegierten zur Bezirkskonferenz, die am Sonntag, den 11. Dezember stattfindet, gewählt werden. Tagesordnung: Stellungnahme zum Wahlblock.

Königshütte. Am Freitag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr, findet im Volkshause, Büfettzimmer, eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Die Tagesordnung umfaßt neben der Wahl von Delegierten für die am Sonntag, den 11. Dezember, in Kattowitz stattfindende Bezirkskonferenz, auch die Stellungnahme zum Wahlblock unseres Ortsvereins. Aus diesem Grunde ist restloses Erscheinen aller Parteimitglieder zu dieser Versammlung erforderlich. Referent zur Stelle.

Königshütte. Generalversammlung der Bergarbeiter. Am Sonntag, den 11. d. Mts., vorm. 9½ Uhr, findet im Volkshaus die diesjährige Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.

Königshütte. Soz. Arbeiter-Jugend. Am Sonntag, den 11. Dezember, begeht die Arbeiterjugend Krol.-Huta ihr 8. Stiftungsfest. Die öffentliche Jugendfeier beginnt im großen Saale des „Dom Ludowy" um 5½ Uhr abends. Alle Parteigenossen und Gewerkschaftler sowie Freunde und Gönner der Jugend seien auf diesem Wege herzlichst eingeladen.

Vermischte Nachrichten

Die Reise im Pyjama.

Vor einem Budapester Gericht wurde dieser Tage eine Schadenersatzklage verhandelt, die eine junge Schauspielerin gegen einen Legationssekretär des Außenministeriums angestrengt hatte. Der Klage lag folgender Vorgang zugrunde, der sich in diesem Sommer abgespielt hatte. Der junge Beamte hatte mit dem Mädchen einige Wochen in der Hohen Tatra zugebracht. Plötzlich faßte er den Entschluß, abzureisen. Es steht nicht fest, ob die Illusion oder das Geld zu Ende gegangen war. Die Begleiterin, die er zurückzulassen gedachte, erkannte jedoch im letzten Augenblick die Absicht ihres Kavaliers, warf rasch einen Pelzmantel über ihren Pyjama, rannte zum Bahnhof und sprang auf den abfahrenden Zug. Bis zur ungarischen Grenzstation ging die Reise soweit gut, von den Szenen abgesehen, die sie ihm machte. Er ließ sich jedoch nicht zur Umkehr bewegen und so erreichte sie an der Grenze das Geschick in Gestalt der hohen Obrigkeit. Denn sie war nicht im Besitze ihres Reisepasses, und infolgedessen verweigerte die Grenzwache die Einreise. Das Mädchen mußte wieder in die Hohe Tatra zurück und dort ihren Paß holen. Für den ihr angetanen Schimpf und Schaden suchte sie nunmehr vor Gericht Genugtuung und Vergeltung. In der ersten Verhandlung wurde dies allerdings nicht erreicht.

Fangspiel im Berliner Tiergarten.

Am Abend eines schönen Frühlingstages war eine der vielen Bänke des Berliner Tiergartens mit einem Zärtlichkeiten tauschenden Pärchen besetzt, dessen Bekanntschaft allerdings erst eine halbe Stunde alt war. Dabei fiel das Auge des jungen Mannes auch auf einen schönen Ring, der des Mädchens Hand zierte. Was wunder, daß er im Laufe des Schäkerns auch mal den Wunsch hegte, den Ring „spaßhalber" an seinen Finger zu stecken. Als man dann weiter wanderte, machte er den Vorschlag eines weiteren Spieles. „Fang mich!" rief er dem Mädchen zu und fing an zu laufen. Er lief so gut, daß er bald verschwunden war und mit ihm auch der Ring. Erst vierzehn Tage später konnte das Mädchen den Kavalier auf der Leipziger Straße einfangen. Seine Erinnerung an den Tiergarten war stark getrübt. Dennoch hatte er sich am Dienstag vor Gericht zu verantworten. Er bat um mildernde Umstände, weil der Ring gar nicht echt gewesen sei. „Warum haben Sie das nicht gleich gesagt?" fragte der Richter. Angeklagter: „Ich wollte die Dame nicht bloßstellen." Richter: „Ein Kavalier vom Scheitel bis zur Sohle." Dennoch erhielt er drei Monate.

Aus den Tatzen eines Bären befreit.

Der Oberkellner Paul Hahmke aus Höxter in Westfalen hat die Rettungsmedaille am Band erhalten, weil er unter eigener Lebensgefahr ein Mädchen aus den Tatzen eines Bären gerettet hat. Am Schloßteich in Höxter wurde ein Mädchen von einem entlaufenen Bären angefallen. Der 21jährige Kellner, ein schmächtiger Mensch, eilte auf die Hilferufe des Mädchens herbei und stürzte sich, obwohl er vollkommen waffenlos war, auf das wütende Tier. Es gelang ihm, den Bären so fest zu packen, daß das Mädchen sich seiner Umklammerung entreißen und entfliehen konnte. Der Bär wandte sich nun gegen Hamke und verletzte ihn so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Nur mit Mühe gelang es Passanten, das Tier zu überwältigen.

Agitation in den schlesischen Bergen.

Schnee im Riesengebirge. Es war im April des Jahres 1903. Eine Versammlung in Schmiedeberg im Riesengebirge. Die erst zugesagte Diskussion wurde uns von den Liberalen versagt. Also heimwärts. Der Zug dampft ab und kommt bis nach Zillertal und kann nicht weiter. Frau Holle schüttelte die Betten. Weit und breit alles weiß. Meterhoch lagen die Flocken. Einige Genossen, darunter August Kambach, wanderten noch in der Nacht nach Hirschberg. Ich ging am nächsten Morgen ebenfalls zu Fuß nach Hirschberg, um zu versuchen, die Hauptstrecke zur Heimreise zu erreichen. Der Schnee lag teilweise zwei Meter und mehr hoch. Es galt durchzukommen, und wenn man versank, so lang die Beine waren. Die armen Augen waren vom Schnee so geblendet, daß sie alles rot sahen. Solche Touren hat man oft im Riesen- und Eulengebirge im Dienste der Partei gemacht. Nicht selten ganz allein. Vom Sturm umbraust, vom Regen durchweicht, in Schnee eingehüllt. Gern hat man die Arbeit verrichtet. So wurde der Kampf für die Sozialdemokratie geführt. Jugend von heute, machts nach!

Sommer im Eulengebirge. Die Sonne brennt. Der Agitator läuft. Der Schweiß dringt aus den Poren. Es gilt von Langenbielau nach Schlegel im Kreise Neurode zu laufen. Eine Bahn gab es in jener Zeit in diesem Gebiete noch nicht. Vier Stunden hin, vier Stunden zurück. Steine fliegen einem von fanatisierten Gegnern nach. Und das alles, weil man eine Versammlung abgehalten, den Boden für die Sozialdemokratie bearbeitet hat. Wie viele solcher Versammlungen hat man unter so schwierigen Verhältnissen abgehalten, ohne daß man auf die geringste Ersetzung der Auslagen Anspruch erhob. O, wie leicht habt ihr Genossen es heute!

Ein voreiliger Klapperstorch.

Etwas früh und zur unrechten Zeit stellte sich in dem Städtchen Parchim (Mecklenburg) der Klapperstorch ein. Während die Hochzeitsgesellschaft bereits in der Kirche versammelt war, hatte sich das junge Paar noch zum Photographen begeben. Der Photograph war mit der Aufnahme von Braut und Bräutigam beschäftigt, als plötzlich die Braut von einem Kinde entbunden wurde. Ohne Trauung mußte die Hochzeitsgesellschaft nach Hause kehren, wo sich eine Doppelfeier anschloß.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.